

Ausgabe 153 # November Dezember 2009

Stadtentwicklungspolitik 2011?!

Investorenträume platzen lassen!

Legoplastikwunderland angreifen!

Hallo werte Leser_innen,

nachdem wir in dem letzten Vorwort richtig viel geschrieben haben, halten wir uns dieses Mal kurz.
Sendet uns viele inhaltliche Beiträge, Anschlagserklärungen und Lebkuchen, sonst wird es langweilig.

Schöne Jahresendzeit!

Eure zeck-Redaktion



Inhalt

Inhalt	Seite
Diverses Kurzes	3 - 7
Dokumentationen	8 - 9
autonom-kongress	9 - 13
Lesbos 2009	14 - 17
Atomkonsens 2.0	18 - 19
Moorburgtrasse	20 - 22
Griechenland	23

Impressum

V.i.S.d.P.: K aus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20 48 Hamburg
Kontakt: Zeck c/o Rote ora, Schu terb att 7 , 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artike auf Datenträgern (CD,Diskette,...) mit bei iegendem Ausdruck, am besten a s Textdatei. CD s und Disketten können nicht zurückgegeben werden. Artike im Heft geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionssch uss: der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im örderabo für 0 Euro à drei Ausgaben. Ge d in einem Umsch ag an: Zeck c/o Schwarzmarkt, K einer Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ä tere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine grosszügige Spende (Briefmarken oder Ge d).

Eigentumsvorbeha t: Die Zeitschrift b eibt so ange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbeha ts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur tei weise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Tei e - und nur diese - an den Absender mit ausführ icher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erb inden!).

Eigendruck im Se bstver ag.

20 Jahre Schanzenfest - 20 Jahre Rote Flora

Erklärung der Roten Flora zum 2. Schanzenfest am 12.09.2009

Die aktuelle Entwicklung im Schanzenviertel zeigt, dass es sich nach wie vor lohnt um den öffentlichen Raum zu kämpfen. Auch im 20sten Jahr seines Bestehens hat das Fest seinen nicht kommerziellen und selbst organisierten Charakter bewahrt und ist Teil von politischer Gegenöffentlichkeit. Nicht von ungefähr ist diese Veranstaltungen der offiziellen Politik seit Jahren ein Dorn im Auge. CDU-Innensenator Ahlhaus hat nach dem letztjährigen Fest den Ehrgeiz entwikkelt, das Fest entweder als angemeldet zu kontrollieren oder sonst zu verbieten. Das Ergebnis ist bekannt: Das Fest im Juli diesen Jahres ist weder angemeldet, noch verboten oder gar kontrollierbar geworden. Und die mittlerweile schon "traditionellen" Auseinandersetzungen nach dem Fest konnten mit dem größten und zugleich brutalsten Polizeieinsatz nicht verhindert werden. Vielmehr hat die provokative Polizeitaktik zum Ende des Festes für allgemeine Empörung gesorgt. Nicht zuletzt deswegen gibt es nun am 12.September eine Neuauflage des Festes: unangemeldet und widerständig. Und es zeigt sich, dass es zumindest temporäre Ansätze gibt, dem allumfassenden staatlichen Kontrollanspruch Paroli zu bieten. Wir wollen dabei nicht unterschlagen, dass es in den vergangenen Jahren auch Widersprüche zur Entwicklung des Festes und seinem nicht immer politischen Charakter gab und gibt. Doch trotz allem hat sich gezeigt, dass das Schanzenviertelfest bisher nicht Teil einer kommerzialisierten und gentrifizierten Stadtlandschaft bzw. einer dumpfen Partymeile geworden ist. Ähnlich wie das Projekt der Roten Flora ist das Schanzenfest die politische Option,sich Freiräume aktiv anzueignen und zu gestalten. Es ist an allen, daraus etwas zu machen. Dass sich daran nicht nur die CDU, sondern auch Nazis stören, sagt ebenso viel über die CDU aus wie über die Nazis und kann nicht wirklich verwundern....

Wir sehen das Fest u.a in einem Zusammenhang mit den Mobilisierungen für das Centro Sociale, dem Kampf gegen das "Bernhard-Nocht-Quartier" und für den Erhalt des Altonaer Grünzuges - diese aktuellen Kämpfe zeigen, dass es keine Ruhe für neoliberale Stadtentwicklung und die ökonomische Verwertung des öffentlichen Raumes gibt!

Schanzenfeste feiern wie sie fallen!
Für das Recht auf Stadt!
Centro bleibt!
Nazis und Ahlhaus in die Produktion!

Anwält_innen wird gezielt Zugang zu Gefangenen verwehrt

Der EA (Ermittlungsausschuss) Hamburg hat beobachtet, dass seit dem 1.Mai 2009 und im Zuge des 1.&2. Schanzenviertelfestes Fest- oder Ingewahrsamgenommene massiv von der Polizei daran gehindert werden, Kontakt mit Menschen ihres Vertrauens aufzunehmen. Dies beginnt bereits während der Festnahme, in der zielgerichtet Menschen der Mund zugehalten, oder aber ihr Kopf auf den Boden gedrückt wird, damit sie Umstehenden ihren Namen nicht nennen können. Oft geht dies auch einher mit der Drohung, dass es schmerzhaft würde, wenn die betreffende Person dennoch versuchen sollte, ihren Namen laut zu rufen.

Auf den Wachen wird den Inhaftierten ihr Recht auf mindestens ein erfolgreiches Telefonat in der Regel komplett verwehrt. Die zeitliche Verzögerung wird in der Regel mit dem Verweis auf die Langsamkeit der polizeieigenen Bürokratie, die angeblich Vorrang hätte, begründet. Die vermeintliche Verzögerung dauert dann bis zur Freilassung an.

Parallel dazu werden die vom EA informierten Rechtsanwält_innen ebenfalls hingehalten. Auch hierbei muss meist die vermeintliche Langsamkeit des polizeieigenen Systems als Begründung herhalten. Selbst wenn die Anwält_innen in der Wache sind, in der ihre Mandant_innen festgehalten werden, argumentieren die Beamt_innen damit, dass auf Grund ihrer Bürokratie nicht klar sei ob bzw. wo sich die betreffende Person aufhalten würde. Bei dem Blockieren der anwaltlichen Arbeit setzten die Beamt_innen bewusst Lügen ein. Während die Festgenommenen gar nicht gefragt werden, ob sie die Anwält_innen sehen wollen, behaupten die Beamt_innen, dass die Festgenommenen keine_n Anwält_in sehen wollen würden.

Am 1. und 2. Schanzenviertelfest hatte diese Taktik die Konsequenz, dass der EA Hamburg nicht einen Anruf von Gefangenen auf der Wache erhielt, so dass der EA nur auf Grundlage von zugerufenen Namen tätig werden konnte.

"Höhepunkte" in dieser Entwicklung:

- Der einzigen Person, die nach dem 2.Schanzenfest in U-haft kam, wurde zugesagt, dass sie die in der Wache anwesenden Rechtsanwält_innen sehen könne. Bevor es dazu kam wurde sie dem Haftrichter vorgeführt. Auch die Vorführung fand dann ohne Rechtanwält_in statt. Nach Verkündung des Haftbefehls dauerte es 4 Tage, bis sie ihr gesetzlich zugesichertes Telefonat tätigen konnte. Dass es ihr letztlich überhaupt gelang, lag an ihrer Beschwerde beim zuständigen Abteilungsleiter.

- Einer Festgenommenen, wurde gesagt, sie dürfe nicht telefonieren, weil die linken Rechtsanwälte zu schnell zu laut aktiv würden und dies nicht ins Konzept der polizeilichen Arbeit passe. Damit verfolgten die Beamt_innen den Plan, eine Hausdurchsuchung und die ED (erkennungsdienstliche) Behandlung ohne anwaltlichen Beistand ungestört durchzuführen, sowie die Person über Stunden im Ungewissen darüber, was weiter geschieht, festzuhalten.

Mit diesem Verhalten schaffen sich die Repressionsbehörden einen unkontrollierten Raum, in dem allein sie ungestört die Regeln festlegen wollen - ungeachtet dessen, ob ihr Handeln legal ist.

Die Behörden versuchen gesetzlich zugesicherte Mindeststandarts zu unterwandern und ihre eigenen Befugnisse so nach und nach zu erweitern.

Dies gilt es aktiv zu bekämpfen, auch indem vehement bestehende Rechte eingefordert werden.

Noch gibt es diese Mindeststandarts unter anderem bestehend aus dem Recht telefonieren zu dürfen und dem Recht auf anwaltlichen Beistand ab Zeitpunkt der Freiheitsentziehung. Der Polizei liegt gerade in den ersten Stunden nach einer Festnahme sehr daran ungestört mit der beschuldigten Person umgehen zu können.

Teilt uns mit, wenn ihr oben beschriebenen Verhaltensweisen ausgesetzt ward und fertigt ein Gedächnisprotokoll an. Besteht darauf es schriftlich zu erhalten nicht telefonieren zu dürfen. Lasst euch die Namen oder Dienstnummern der Beamten nennen, bzw. bei Verweigerung versucht euch die Beamten z.B. aufgrund ihrer Dienstposition zu merken. Generell besteht die Möglichkeit einer Dienstaufsichtsbeschwerde, die danach und formlos gestellt werden kann. Infos dazu erhaltet ihr bei euerm EA, oder der Roten Hilfe. Die Beschwerde zieht kein Gerichtsverfahren nach sich, sondern führt dazu, dass die jeweiligen Beamt_innen solange die Beschwerde läuft, nicht befördert werden, sowie einem dauerhaften Vermerk in ihren Akten.

Seid informiert,
Lasst euch nichts gefallen,
Schliesst euch zusammen,
fight back!

EA Hamburg

Halbseidenes Hickhack

Der Gängeviertel-Investor kündigt Räumungen an und wirft dem Senat Versäumnisse vor. Die beteiligten Behörden suchen derweil unter Schmerzen nach einer gemeinsamen Position.

In der Causa Gängeviertel überschlagen sich die Ereignisse. Erstmals Stellung bezogen hat nun der niederländische Investor Hanzevast, der vergangenen Montag überraschend eine zweite Rate in letzter Minute bezahlte. Hanzevast kündigte an, auch die am Montag fällige kleinere Rate an die Sprinkenhof AG überweisen und die Gebäude in freiem Zustand übernehmen zu wollen.

Zugleich warf der Investor dem Senat fehlende Gesprächsbereitschaft vor. Hanzevast habe der Stadt eine Partnerschaft angeboten. Dieser Vorschlag sei nicht aufgegriffen worden. Stattdessen sei man zu einem Gespräch gebeten geworden, "um die eventuelle Rückübertragung des Gesamtprojekts zu untersuchen". Der Termin, behaupten die Holländer, "endete ohne konkrete Angebote der Stadt".

Andy Grote, stadtentwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, vermutet, dass die Liegenschaftsverwaltung bereits Angebote für einen Ausstieg aus dem Projekt in Aussicht gestellt hatte, "die dann von der Behördenleitung wieder einkassiert wurden". Verantwortlich für die "Blamage" im Umgang mit dem Investor seien Finanzsenator Michael Freytag (CDU) und Stadtentwicklungssenatorin Anja Hajduk (GAL). Die beiden hätten die fachliche Verantwortung. Sie sähen "stillschweigend zu, wie die überforderte Kultursenatorin dabei ihr Image ramponiert". Die Kulturbehörde fungiert als Sprachrohr in der Gängeviertel-Angelegenheit.



Noch am Freitag teilte die Kulturbehörde mit, sie stehe mit allen Seiten in Verhandlungen - auch mit dem Investor. Deswegen habe der Senat das Ansinnen des Bezirksamts Mitte ausgeschlagen, sich nächsten Dienstag mit Hanzevast und den Künstlern an einen Tisch zu setzen.

Hanzevast stellte die Sache wenig später erheblich anders dar. Der Einladung zum runden Tisch folge man gerne. Zu den Berichten, dass der Senat mit Hanzevast Kontakt aufnehmen wolle, hieß es lapidar: "Dies ist bis jetzt nicht erfolgt."

Seltsam mutet auch ein Vorfall vom Donnerstag an. Dem Hamburger Abendblatt zufolge hatte sich Oberbaudirektor Jörn Walter in einem Gastbeitrag für ein Konzept mit Beteiligung der Künstler im Gängeviertel aussprechen wollen. Der fertige Beitrag sei dann aber von der Behördenleitung einkassiert worden.

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt teilte dazu mit, die zuständigen SenatorInnen hätten sich geeinigt, mit einer Stimme zu sprechen und Vertraulichkeit vereinbart. Das hat offenbar auch die Gängeviertelinitiative. Wie es nun weitergeht? Gespräche. Nach allen Seiten. Aha.

(ausnahmsweise aus der taz)

****

Nah am Wasser gebaut...

Diskussionsbeitrag zum Text: "Hört auf zu heulen, es hat gerade erst angefangen..." der Gruppe SDB erschienen in der Zeck Sept. 2009

Um gleich auf eure doch recht polemische Überschrift einzugehen: Wir wollen heulen, weil uns manchmal danach ist! Weil wir die Angst unser Genoss_innen mitfühlen, weil wir Wut und Verzweiflung teilen oder selbst empfinden, weil wir Verunsicherung nicht einfach wegwischen wollen. Weil wir eben keine kalten, harten und abgestumpften "Krieger_innen" sind und (ganz pathetisch) unser Kampf noch immer Leben heißt.

Wir sehen durchaus einige der Probleme die ihr ansprecht und haben auch ein ähnliches Ziel: Das der vielfältigen und kämpferischen Solidarität.

Leider gehen, aus unserer Sicht, eure Fragen und eure Versuche Antworten zu finden in die falsche Richtung. Wir glauben es reicht nicht aus sich schnell über alles auszukotzen und ein paar alte (und richtige) Fragen neu zu verpacken. Denn ein weiteres Mal bleibt auch in eurem Artikel unser alltägliches Handeln, aber auch besonders individuelle wie kollektive Handlungspraxen im Umgang mit Repression dort unhinterfragt, wo das reproduzieren des Stärkekults in der eigenen Szene dazu dienen soll, dem Staat zu vermitteln die Repression verfehle ihren Zweck, nämlich Einschüchterung, Angst und Lähmung. Doch wieso lässt sich unsere Unversöhnlichkeit nur dadurch artikulieren dass wir die Gefühlsfeindlichkeit einer herrschenden Dominanzkultur reproduzieren?

Unser Meinung nach haben Genoss_innen die Schwierigkeiten zwischen zu hohen Ansprüchen und taktischer Beliebigkeit schon wesentlich treffender, im Rahmen der Aussageverweigerungs - Diskussion, auf den Punkt gebracht.

"Der Ruf nach größerer Entschlossenheit, nach Konsequenz und Opferbereitschaft vergrößert nicht unsern Schutz, sondern produziert nur unsere "Verräter_innen". Wenn umgekehrt der Umgang mit der Denunziationspflicht nur eine persönliche Entscheidung der Betroffenen ist, wenn unser Umgang mit staatlicher Nachforschung nur taktisch und nicht politisch bestimmt ist, dann untergraben wir die Basis jeglichen politischen Handelns, dann zerstören wir unsere Solidarität untereinander. Wie wir unsere Kämpfe kollektiv führen wollen und sollten, so muß auch unser Umgang mit der Repression ein kollektiver sein. Das soll nicht heißen das DER Verhaltenscodex entwickelt wird. Gleiches Verhalten ist ungleich für ungleiche Menschen, die in unterschiedlichen Lebenssituationen leben und unterschiedliche politische Auffassungen haben. Wir können politische Grundpositionen, die Richtung, in die unsere politische Initiative, die massenhafte Aussageverweigerung, zielt, gemeinsam entwickeln, aber nicht detailliert die einzelnen Handlungen." (Laßt sie im Trüben fischen/Diskussionspapier zur Kampagne für Aussageverweigerung 1989) Hier wurden Ansätze formuliert die wir auch auf Repression im Allgemeinen bezogen richtig finden.

In erster und leider fast einziger Linie, ruft ihr nach größere persönlicher Entschlossenheit. Größere Entschlossenheit ist natürlich ne prima Sache, keine Frage, aber wir sind doch sehr skeptisch ob sie allein ausreichen wird.

Wir glauben nicht, dass defensives Verhalten gegenüber Repressionsorganen auf individuelle Schwächen und fehlende persönliche und/oder politische Standfestigkeit zurück zuführen ist - sondern das uns, immer wieder die gleichen Dingen auf die Füße donnern. Dazu gehört, kämpferische (und auch militante) Solidarität eben nicht mit breitbeinigem Machotum zu verwechseln, sondern als eine politische Praxis, in der sich Angst und Mut, Entschlossenheit und Zweifel nicht gegenüberstehen, sondern aufeinander beziehen. Tut uns leid, aber die Parolen vom eisernen Durchhalten und eure "Revolution ist kein Spielplatz" Vergleiche, bleiben doch nur leere Phrasen die uns weder weiterhelfen noch einen Weg aufzeigen. Vielmehr glauben wir, dass es einen solidarischen Alltag braucht um auch in Momenten der vermeintlichen Einsamkeit und Verunsicherung handlungs-

fähig zu bleiben. Einen Alltag in dem für uns erlebbar und spürbar wird, wofür es sich zu kämpfen lohnt. Das ist, zugegeben, ein verdammt langer Weg und wir sind nicht die Ersten die sich auf ihm versuchen aber es gibt auch mehr zu gewinnen als Durchhalteparolen.
Dabei empfinden wir, bei aller Kritik, euren Diskussionsanstoß als gute Grundlage für eine weitere Auseinandersetzung.
Ohne Abschlußparolen aber dafür mit Gruß und Kuss Autonome Seefahrerinnen

PS.: Thomas aus der RZ in einem Absatz für seine Einlassungen gegenüber der Justiz abzukanzeln, empfinden wir als ziemlich undifferenziert. Wenn sich nach 18 Jahren Lebens- und Kampfrealitäten ändern, ist das für uns vielleicht unverständlich, aber auch hier sehen wir die Probleme eher in einer wenig solidarischen Bewegung, als im Verhalten von Thomas.

****

Urteilsverkündung im Berliner mg-Prozess - "Antimilitarismus lässt sich nicht verurteilen"

Vor über einem Jahr begann der Prozess gegen Axel, Florian und Oliver als vermeintliche Mitglieder der "miltanten gruppe". Alle drei waren gemeinsam mit Andrej im Sommer 2007 festgenommen worden. Die Ermittlungen gegen Andrej laufen weiter.
Heute wurden Axel, Oliver und Florian für eine versuchte Brandstiftung als vermeintliche Mitglieder der militanten gruppe zu 3,5 bzw. 3 Jahre Haft verurteilt. Sie verlassen den Gerichtssaal nach über 60 Verhandlungstagen ohne jegliche Einlassungen und sollen für ihren entschlossenen Widerstand gegen die deutsche Kriegspolitik bestraft werden.
Das Bündnis zur Einstellung der 129 (a)-Verfahren hat seit den Verhaftungen 2007 die Entwicklungen und den Prozess politisch begleitet. Dabei stand für uns neben der Thematisierung von Überwachung und Verfolgung von politischen Aktivisten seit Prozessbeginn vor allem das Thema Antimilitarismus im Vordergrund.
Wir wollen an dieser Stelle deshalb auch nicht auf die diesem Urteil zugrunde liegenden abenteuerlichen Indizienketten von BAW und Gericht eingehen. Auch nicht auf die Schikanen gegenüber den Besucher_innen. Nur soviel: aus unserer Sicht der Schritt der Anwälte, auf die Schlussplädoyers zu verzichten, folgerichtig und konsequent.
Trotz der aufgebauten Drohkulisse eines Sondergerichtes hat antimilitaristischer Widerstand in Deutschland während dieses Prozesses mehr Präsenz bekommen. In den vergangenen Jahren hat der Widerstand gegen Militäreinsätze und die zivil-militärische Zusammenarbeit zugenommen. Der Protest gegen den Krieg wird wieder deutlich entschlossener und geschlossener geführt, ohne dass friedliche Proteste und militanter Widerstand gegeneinander ausgespielt werden konnten. Das haben wir auch an der Solidarität gemerkt, die aus ganz unterschiedlichen politischen Spektren kam.
Dennoch ist es innerhalb des Prozesses nicht gelungen, die Frage nach legitimem Widerstand gegen Militäreinsätze zu stellen. Nur wenige Medien haben die politischen Beweisanträge thematisiert und in Verbindung gestellt mit dem, was tagtäglich in diesem Land und international passiert. Weder die Kriegseinsätze der Bundeswehr noch ihre Präsenz in Schulen, an Universitäten und auf den Straßen □ wie 2007 in Heiligendamm □ scheinen in den Zusammenhang zu den zunehmenden Protesten gestellt zu werden. In anderen Ländern wie zum Beispiel Irland gab es Freisprüche nach Sabotageakten gegen Kriegsgerät, explizit mit der Begründung, dass sie dazu beigetragen haben, Schlimmeres zu verhindern. Diese Debatte steht weiterhin aus. Wir freuen uns jedoch schon jetzt, dass die antimilitaristischen Kämpfe weitergehen werden.

Presseerklärung des Einstellungsbündnisses

Über 1000 solidarisieren sich mit Verurteilten im mg-Prozess

Am Freitag (16.10.2009, Anm.d.Red.) kamen etwa 100 Menschen zum Prozess bzw. zur Kundgebung vor das Gericht in Berlin-Moabit. Am Abend waren in Berlin 800, in Hamburg 200, in Bremen 50-100 , in Düsseldorf 50, in Marburg 30 Menschen auf der Straße. In Hannover wurden unter anderem Transparente mit Solidaritätsbekundungen aufgehängt. Weitere Aktionen gab es in Erfurt, Freiburg, Leipzig, Stuttgart und Zürich.

(http://einstellung.so36.net/)

****

Offener Brief von No-BNQ

Betreff: Bernhard-Nocht-Quartier verhindern, keine Baugenehmigung erteilen!

Sehr geehrte Damen und Herren,
wie Sie wissen, gibt es seit längerem Proteste und Widerstand gegen das Gebaren einiger Immobilienbesitzer in St. Pauli Süd, Bernhard-Nocht- und Erichstraße. No-BNQ ist eine Losung, unter der sich besorgte MieterInnen und AnwohnerInnen der näheren Umgebung zusammentun und ihre Bedenken, ihre Kritik und ihren Ärger gegen die Investorenpläne formulieren. Das am 24.9.2009 auf der so genannten "Informationsveranstaltung" vorge-tragene Zugeständnis von Köhler & von Bargen, den jetzigen BewohnerInnen des geplanten Bernhard-Nocht-Quartiers gleiche Mietbedingungen für die nächsten 10 Jahre zu garantieren, ist unser erster großer Erfolg, entstanden aufgrund des von uns erzeugten politischen Drucks. Allerdings sind diese Zusagen bisher nicht in schriftlicher Form bei den MieterInnen angekommen.
Letztendlich werfen uns die Investoren aber nur ein kleines süßes Bonbon hin, damit St. Pauli eine fette Gentrifizierungs-Kröte schluckt: 78 Eigentums-/freifianzierte Mietwohnungen, die langfristig die soziale Struktur und das Gesicht der Straße und des Viertels einseitig verändern würden. Das werden wir nicht zulassen! Dagegen werden wir kämpfen! Demokratische Gestaltungsprozesse haben in St. Pauli Süd ja bereits große Erfolge trotz großer Widerstände erzielt. Wir sagen nicht bloß "Nein" zum Bernhard-Nocht-Quartier. Wir machen Ernst. Am Ende unserer Straße ist aus kollektiver Wunschproduktion Park Fiction entstanden. Das können wir auch mit Häusern! NO BNQ wird baldmöglichst ein eigenes Konzept zur Nutzung der Fläche des geplanten Bernhard-Nocht-Quartiers vorstellen, inklusive eines realistischen Finanzierungsmodells frei von Spekulationsinteressen. Dieser Pro-zess hat bereits begonnen. Sicher wird jeder verstehen, dass eine solche ernstzunehmende, erfinderische und soziale Planung länger dauert, als ein paar einfallslose Retortenentwürfe für Eigentumswohnungen zu generieren. Die jetzi-





gen Investorenentwürfe zeigen trotz der "Zugeständnisse", dass Investoren keinen Bezug zu nachhaltiger Planung oder Interesse an nachhaltigen Planungserfolgen haben, von demokratischen Prozessen und der Realität zwischen Hafenstraße und Reeperbahn mal ganz zu schweigen.
Die AnwohnerInneninitiative NO BNQ versteht sich als Teil einer urbanen Bewegung, die überall in Hamburg - ob in Altona gegen IKEA, im Gängeviertel, in Wilhelmsburg - ein Recht auf Stadt einfordert. In Hamburg braut sich ein Sturm zusammen. Aus allen Stadtteilen weht eine steife Brise gegen eine Stadtentwicklungspolitik, die allein die wirtschaftlichen Verwertungsinteressen im Blick hat und die Stadt als Standort ansieht, welcher möglichst profitträchtig am Markt positioniert werden muss. Das macht Orte nicht lebenswerter, sondern eindimensionaler. Wir sind viele und wir sind nicht einfach immer nur "dagegen". Sondern wir, die BewohnerInnen dieser Stadt, haben großartige und realisierbare Ideen, wie wir in Hamburg wohnen, arbeiten, feiern, uns erholen, kurz gesagt: leben wollen.
Als Mitglied der Bezirksversammlung, als Mitglied des Bauausschusses, als Bezirksamtsleiter oder als stadtentwicklungspolitischem Sprecher, der im Stadtteil wohnt, sind Ihnen die BewohnerInnen von St. Pauli wichtig? Die fortschreitende Gentrifizierung in St. Pauli bereitet Ihnen Unbehagen? Zeigen Sie uns, dass Sie es ernst meinen. Butter bei die Fische! Wir fordern mehr als Lippenbekenntnisse und mehr als die Ankündigung einer Sozialen Erhaltungsverordnung, die erst dann greift, wenn die Umwandlungsweichen längst gestellt sind und für die St. PaulianerInnen der Zug Richtung Hochhaussiedlung am Stadtrand längst abgefahren ist.

Wir fordern:
Keine Erteilung einer Baugenehmigung für Köhler & von Bargen!
Neubeurteilung der Bebauungspläne unter Einbeziehung unserer Ideen und Konzepte!

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Interessengemeinschaft NO BNQ
No BNQ Interessengemeinschaft · St. Pauli Süd, Hamburg, 12. Oktober 2009

****

Schanze noch beschissener Besetzung in der Eiflerstraße

Der kleine Platz vom GartenkunstNetz in der Eiflerstraße, den die Stadt verkaufen will, ist seit dem 12.09.09 besetzt.
Ein Idyll, das bislang nur durch vorbeiratternde Züge gestört wurde. Jetzt hat sich der Störfaktor Gentrifizierung dazugesellt, genauer: die Hamburger Finanzbehörde. Die hat im vorigen Jahr für das "Gartenkunstnetz"-Grundstück - nebst vier benachbarten Parzellen - ein Gebotsverfahren ausgeschrieben. Gesucht wurde, wie schon oft in der Aufhübschungs-Hochburg Schanze, ein Investor, der das insgesamt 1.133 Quadratmeter Gelände bis zu viergeschossig bebauen sollte.
Als "Kreativimmobilie" soll das Projekt, das die Sanierungsträgerin Steg im Auftrag der Stadt entwarf, fungieren, sprich: den Stadtteil durch die Anwesenheit "Kreativer" aufwerten. Werkstätten, Büros und Ateliers sind geplant, wobei das Projekt laut Ausschreibung "die Schaffung preisgünstiger Mieteinheiten auch durch experimentelle Bauweise gewährleisten sollte". Wie günstig genau, vermerkt das Schreiben nicht. Dafür regt es die Übergabe der Räume im Rohbau an, den die Mieter fertig stellen sollen. Ein Detail, das klar auf Künstler zielt, die - wie beim Ottenser Künstlerhaus Frise - Immobilien ausbauen, nutzbar machen und nebenbei die Immobilie aufwerten.
Kommt vorbei!

Eiflerstraße 35

****

Schanzenfest, unpolitisch?

Nach diversen Beiträgen über das Schanzenfest, denke ich, dass auch mal ein Kommentar darüber nötig wird, wieso das Schanzenfest überhaupt politisch konnontiert ist. Das Breite Verständnis des Schanzenfestes in der Öffentlichkeit scheint mir nicht ganz der Realität angemessen beleuchtet, so hoffe ich mit meiner "Meinung" über einige Umstände und meine grobe Einordnung dieser Umstände, etwas Licht in die Sache bringen zu können. Als politisches Medium erfüllt das Schanzenfest für alle Seiten eine wichtige Aufgabe. Man muss aufpassen, dass die Nachricht den Drahtseilakt zwischen "Straßenschlacht" und "friedlichem multi-kulturellem Straßenfest" die Waage hält und nicht Medienpolitisch ausgebeutet wird - sei es für eine (schleichende) Legalisierung und Umstrukturierung, sei es für eine repräsentative Veranstaltung in der Schanze, jedoch nicht "aus der Schanze", "von der Schanze", repräsentativ für eine neue Form Schanze von Schanze, die so vom Groß derer, die die Schanze "groß" gemacht haben, nicht gewollt ist, sei es für einen Innensenator und seine repressiv wirkende Politik.

Ich mag mich irren.
Ja, das gute alte Schanzenfest. Immer ein Erlebnis, doch irgendetwas war anders dieses Jahr. Die Party ging bis 1:00 Uhr und alles vor eins war sehr nice, gute Laune, individuelle, alternative Stände, facettenreiches Schanzenfeeling, wie es dies nur einmal im Jahr gibt - mit Ausnahme von diesem Jahr, wo es ja nun schon das Zweite war; nicht ganz ohne Grund. An meinem schwer zu definierendem Gefühl zwischen Irritation, Freude und Ärger über die Geschehnisse ab 1:00 tragen dieser Grund und seine Konsequenzen etwas Mitschuld, wie auch an den sich scheidenden Geistern, bei der Berichterstattung über die folgenden Aktionen, die ich nun nicht weiter kommentieren möchte. Vielmehr liegt mir viel daran, etwas anderes zu beleuchten, das mir wichtiger erscheint und über dieser ganzen Debatte gleich einem Damoklesschwert schwebt.
Die Schanzenfestdebatte ist hoch politisch, da muss man sich gar nichts vormachen. Es geht vordergründig weder um Krawallmachen, um Chaoten oder blinden Vanda-

lismus noch um Spaßrandalieren. Es geht um etwas anderes, dessen komplette Beschreibung den Rahmen dieses Beitrags sprengen würde. Ein schöner Anfang für diese Geschichte wäre zu erwähnen, dass aus dem Wasserturm im Schanzenpark ein 5 Sterne Hotel gegen den Protest vieler Anwohner gebaut wurde. Die Schanze verwandelte sich schon vor der Planung des Hotels von einem Viertel, dessen Ruf von Freiheit um die ganze Welt zu hören ist, einem Viertel, dass Individualisten aller Art anzog und eine freigeistige Szene pflegte, zu einem Viertel, von dem sich diejenigen angezogen fühlten, die gerne das "coole" dieses speziellen Charmes für sich beanspruchen wollten - was natürlich nichts schlechtes ist. Im Laufe der Zeit stiegen die Mietpreise - nach Bau des Hotels, diesem Stadtteilchrome, ja auch irgendwie berechtigt - und so konnten diejenigen, die die Schanze zu dem Ort gemacht haben, dessen Schall weltweit Menschen anzieht vielmals die Umzugskartons packen, da sie sich ihre Gegend einfach nicht mehr leisten konnten. Dafür kamen immer mehr Yuppies, die sich die neuen Mieten leisten konnten und so änderte sich das Wohnbild der Schanze wiedermal radikal. Das Problem an der ganzen Sache, das, was sie tatsächlich ja auch zu einer so politischen Sache macht, ist, dass diese Stadtteilentwicklung politisch und zwar von der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (oder wie immer sie auch damals heißen mochte) befördert wurde. Gegen den Willen der in der Schanze lebenden Bevölkerung.
Wie auch immer. Es handelt sich also um eine politisch durchaus gewollte Entwicklung der Schanze, die gegen den Willen vieler von dieser Entwicklung Betroffener in die Wege geleitet wurde. Das Schanzenfest blieb jedoch seit eh und je repräsentativ für den Charakter und Charme der Schanze und trug einmal jährlich äußerst betont nach außen, was die Schanze und das Leben in ihr ausmacht.
Die Betonung hat sich über die letzten Jahre natürlich verändert, so wurde das Vorgehen der Polizei, wie auch das, der Feiernden progressiver, was aus diesen Gründen von beiden Seiten verständlicher wird. Sicherlich möchte die Polizei ihren Auftrag erfüllen, für Sicherheit und Ordnung sorgen, das Einhalten von Regeln und dergleichen befördern und so. Sicherlich hat sie jedoch auch als politisches Instrument der Exekutive zusätzlich subtilere Aufgaben, als lediglich das Sorgen für regelgetreues Verhalten der Hamburger - in diesem Fall auch ein abschreckendes, medienwirksames Szenario zu erzeugen. Die Angst derer, die feiern, aber auch aus politischen Gründen anwesend sind, ist durchaus berechtigt. Die Angst davor, dass ihr Stadtteil sich nun völlig in eine Richtung verändert, die sie nicht mehr gutheißen. Den Unmut darüber, dass das Schanzenfest nun, anstatt ein quasi-geduldetes illegales Straßenfest zu sein - das des Nachts nicht mehr geduldet wird - eine Metamorphose durchleben soll, hin zu einem legalen Straßenfest. Der Vorbote von legal heißt friedlich. Legal bedeutet aber nicht nur, dass es des Nachts auf Dauer gesehen nicht mehr so arg eskalieren wird. Legal bedeutet, dass das Gesicht des Schanzenfestes mit samt Charakter, Charme, Stand- und Musikkultur quasi-chirurgisch Verpfuscht wird. So wird es auf Dauer gesehen nicht mehr so extrem gut, wie es die letzten Jahre war und das politisch neu geschneiderte Outfit der Schanze erfährt auf tragische Weise seine letzte Naht. Das Fundament für ein neues, hippes Viertel in Hamburg wäre gelegt, eines, das so nie erbaut werden sollte, ginge es nach denen, die wirklich darüber entscheiden sollten - den Einwohnern ade.
Teufelsposaunen tröteten bereits den schaurigen Klang von aufkommender Veränderung, als Gespräche aufkamen, um die Bedingungen der Legalisierung des Schanzenfests zu debattieren. Aus eben diesem Grund wurde es dieses Jahr bereits gefeiert, aus diesem Grund (und den bevorstehenden Wahlen) auch sicherlich das späte Eingreifen Seitens der Polizei und das späte alljährliche Feuerlegen - diesmal an einem unüblichen Ort, im Florapark statt vor der Flora.
Alles in allem würde ich das Schanzenfest trotz den Gründen, für progressives Verhalten und gegen die Bilder, die in den diversen Medien gezeichnet wurden, als relativ friedlich bezeichnen. Ob ich das Vorgehen der Feiernden und auch das Vorgehen der Politisch-Motivierten, die ein wenig dem Vandalismus frönten, als positiv bezeichnen würde? In vielerlei Hinsicht sicherlich. Die Schanze ist und bleibt eines der besten Viertel Hamburgs - zumindest noch für eine gewisse Zeit. Dass diese Zeit lange dauern möge, dafür muss sicher auch das Schanzenfest seinen Tribut leisten. Andererseits war es gerade wegen der fürs Schanzenfest späten Räumung durch die Polizei eines der besten. Das Vorgehen derer, die das Fest mit allen Kräften beenden wollten, war klassisch. Daher erspare ich mir weitere Kommentare.
Soviel zu meiner Meinung über das 2. Schanzenfest 2009. Entspannte und sanftmütige Grüße

willkürlich aus indymedia

****

Ifloraverkauf

Die Flora wird höchstwahrscheinlich an an den Musicalproduzenten Michael Brenner für 6,3 Millionen Euro verkauft. Einen Vorvertrag haben Kretschmer und Brenner bereits geschlossen. Das erforderliche Einverständnis der Stadt Hamburg liegt auch schon vor. Brenner plant, aus der Flora ein Variete nach dem Konzept des berliner Wintergartens zu machen. Mit der Planung- und Baudurchführung wurde ein hamburger Architektenbüro beauftragt. Mit den Umbauarbeiten soll Mitte 2011 begonnen werden.
Kretschmer, Brenner und der Hamburger Senat haben Stillschweigen vereinbart um Proteste und Unruhen in der Schanze zu vermeiden. Dieser Plan ist nun durchkreuzt!

indymedia vom 1.10.09

****

Nazikundgebung gegen das Schanzenfest am 11.9.09

Unter dem Motto "Recht und Ordnung durchsetzen. Schanzenfest dauerhaft verhindern" planten die Rechten gegen das Schanzenfest zu Felde zu ziehen.
Mit Verspätung begann die NPD-Demo an der nach Polizeiangaben 86 Rechtsextremisten teilnahmen. Der verhinderte Veranstaltungsleiter Jürgen Rieger traf erst mit einiger Verspätung mit dem offiziellen Versammlungsleiter, Thomas Wulf, in einem VW-Transporter ein. Abseits der NPD-Demonstration brodelte es derweil schon. Etwa 500 Autonome hatten sich in der Nähe versammelt und warfen zunächst vereinzelt mit Flaschen. Wenig später entzündeten sich drei Großwerbetafeln, die zur Bundestagswahl aufgestellt waren, und verwandelten sich in Barrikaden. Der Verkehr wurde damit teilweise lahm gelegt. Im weiteren Verlauf kam es zu schweren Ausschreitungen. Ein Polizeiwagen wurde attackiert, ein Polizist gab einen Warnschuss ab. Die NPD beendete ihre Demonstration um 21:30 Uhr. Die Teilnehmer wurden mit einer S-Bahn weggeleitet.

Freiheit für Mumia Abu-Jamal!

Kundgebung am 3. Tag nach der Verkündung des Hinrichtungstermins: HBF Kiel werktags 17 Uhr / wochenende 12 Uhr.
Bundesweite Demonstration zur US-Botschaft in Berlin am letzten Samstag vor der geplanten Hinrichtung 14 Uhr / Oranienplatz (Berlin).

mehr: http://freemumiakiel.blogsport.de

Pressemitteilung zu der Aktion gegen den Innensenator der Stadt Hamburg, Ahlhaus

Am 7.10.2009 haben wir die Tür des Hauses Große Elbstraße 58 eingeschlagen und Farbflaschen an die Hauswand geworfen. Die Wohnung des Innensenators befindet sich im fünften Obergeschoss.
Ahlhaus' Laufbahn in Hamburg läßt sich wie folgt knapp skizzieren: Wahlkampfleiter für die CDU im Bürgerschaftswahlkampf 2001 (Ergebnis: v. Beust Bürgermeister, Schill Innensenator), Landesgeschäftsführer der CDU, Staatsrat des Innensenators Nagel, 2008 Innensenator des Schwarz- Grünen Senats. Wir haben es hier aber nicht mit einer unbedarften oder zufällig in diese Funktion gehieften Pappnase zu tun, sondern mit einem gefährlichen Überzeugungstäter, der weiß was er will und was er tut.
Ahlhaus ist ein ist ein kerniger Verfechter eines Kontroll- und Sicherheitsstaates, der sich durch umfassende Überwachung und Verfolgung von potentiell oder real abweichendem und gefährlichem Verhalten auszeichnet. Seine Devisen lauten: "Deeskalation durch Stärke" und "Null Toleranz gegenüber Straftätern und rechtsfreien Räumen".

Was bedeutet dies konkret im alltäglichen Leben?
Ermächtigt durch das "Gesetz zur Erhöhung der Sicherheit und Ordnung" im Juni 2005 von Nagel und Ahlhaus ausgearbeitet und als schärfstes Polizeigesetz Deutschlands abgefeiert, sind über 30 Gefahrengebiete in Hamburg ausgewiesen worden. Die Innenbehörde nennt sie bezeichnenderweise auch "Kontrollgebiete". Es handelt sich dabei u.a. um St.Pauli, Schanze, St.Georg, Lurup und Bergedorf. Ohne konkreten Verdacht finden hier Identitätsfeststellungen, Platzverweise und Gewahrsamnahmen statt. Noch nie wurden in Hamburg so viele Personen von Bullen kontrolliert. In St.Pauli gab es in einem Zeitraum eines halben Jahres 5800 Kontrollen, in St .Georg 3000. "Gefährliche Orte" wie der Hansaplatz oder der Kiez werden rund um die Uhr mit Kameras ausgespäht. Da, wo auf keine fest installierten Kameras zurückgegriffen werden kann, platziert die Polizei diese in Privatwohnungen wie im Schanzenviertel. Zur Optimierung der Kontrolle der "gefährlichen Zonen" rund um die Reeperbahn hat der Senat ein Waffen- und Glasflaschenverbot eingeführt.
Über das Hintertürchen einer (mittlerweile modifizierten) Handlungsanweisung an das Polizeikommisariat 14 versuchte Ahlhaus` Innenbehörde eine Vertreibung unerwünschter Menschen wie Obdachloser, Bettler_innen und Punks aus den Einkaufszonen der Innenstadt. Diese Maßnahme richtete sich gegen Ansammlungen von mehr als zwei (!!) Personen.
Im Bereich der Migrationskontrolle, welche ebenfalls in Ahlhaus' Ressort fällt, vertritt er die Meinung, dass Flüchtlinge unter dem Gesichtspunkt der Nützlichkeit für Wirtschaft und Gesellschaft aufgenommen werden sollten. Im vergangenen Jahr wurde ihm von "Jugendliche ohne Grenzen" der Titel "Abschiebeminister 2008" verliehen, u.a. wegen der europäischen Sammelabschiebungen über den Hamburger Flughafen und des berüchtigt brutalen Rufes der Hamburger Ausländerbehörde. Ahlhaus fühlte sich durch die Auszeichnung geehrt.
Das Lager Horst bei Boizenburg wird nach wie vor vom schwarz-grünen Senat nicht geschlossen.
Auf bundesweitem und internationalem Parkett gibt Ahlhaus den Hardliner. Auf Innenministerkonferenzen und in Bundesratsinitiativen befürwortet er eine Ausweitung der Befugnisse der Bundeswehr bei Auslands- und Inlandseinsätzen, eine Ausweitung von Onlinedurchsuchungen, höhere Strafen für Widerstand gegen und Angriffe auf Bullen.

Überhaupt die Bullen.
Für seine Schläger und Schlägerinnen bestellt er schöne neue Schlagstöcke, Pferde, Wasserwerfer, Schießstände und Mercedesse. Die schicken Uniformen kommen ja noch von Schill. Ahlhaus möchte, dass sich seine Beamt_innen wohl fühlen, wenn er sie zu hunderten oder tausenden, unterstützt von mindestens 5 Wasserwerfern und Panzerwagen, auf linksradikale Demos, Feiern oder Unmutsäußerungen los läßt. Da bleibt kein Auge trocken, Zähne werden ausgeschlagen, Ohren abgetrennt, Schädel zertrümmert.
Demonstrationen sind in der Regel nur als Wanderkessel möglich oder werden unter fadenscheinigen Begründungen aufgelöst. Erinnert sei an die skandalösen Einsätze gegen die "Asem" und "Antirepressionsdemos" 2007, gegen die Demos während des Antira-Camps 2008 , die Griechenlandsolidemo und nicht zuletzt an die Prügelorgien während und nach den Schanzenviertelfesten 2009.
Zwar gelingt es der Hamburger Innenbehörde, die Freude am Demonstrieren und die Außenwirkung von Manifestationen einzuschränken. Widerständiges Verhalten und Militanz haben die Bullen aber nicht unter Kontrolle. Trotz massivster Einsätze und Anwesenheit von Tausenden von Kräften, trotz Polizeihubschrauber "Libelle 2", bewegt sich die Subversion und findet unerkannt und unbehelligt ihre Ziele. Polizeiwagen gehen in Flammen auf, Scheiben der Polizeiwache 16 splittern. Trotz Überwachungskameras kommt es im Schanzenviertel zu Glasbruch an Geschäften, die für eine Gentrifizierung verantwortlich gemacht werden. Wagensport wird mehr und mehr Breitensport (über Kriterien und verantwortungsvollem ungedopten Vorge-



hen muß allerdings dringend diskutiert werden). Vertreter_innen des Etablishments bekommen nächtlichen Besuch. Nicht nur die Medien fragen sich angesichts dieser Effekte, was von den vollmundigen Allmachtsäußerungen der Innenbehörde zu halten ist. Offensichtlich sind unkontrollierbare Angriffe auf die herrschende Ordnung möglich - und das ist auch gut so. Wir wollen mit unserer Aktion dafür werben und die Bewohner_innen. und Besucher_innen von St.Pauli ermuntern, dem Innensenator nachdrücklich die Meinung zu sagen.

Den Genoss_innen und Gefährt_innen, die den Autonom Kongreß besuchen, einen dicken Knutsch - denn Autonom(e) sein heißt u.a. ab und zu Senator_innen anzugreifen. Und die Massenabschiebungen von Roma ins Kosovo blockieren!!

Organized
Rebels
Clash
Ahlhaus

P.S.: Zeitgleich haben Genoss_innen der Wissenschaftssenatorin Gundelach im Möhlsteenpadd 20 eine Visite abgestattet und sich u.a. für Zwangsabgabe von Studiengebühren und die Förderung von Eliteforschung bedankt.



Wir haben in der Nacht vom 3. auf den 4.9. das Job Center Kiel Gaarden in der Bahnhofstrasse 38a mit Steinen und Farbe angegriffen. Wir richten uns mit dieser Aktion gegen das in Plön stattfindende GES (Global Economyc Symposium). Das GES arbeitet nach den Marktorientierten Gesetzen Reformvorschläge aus und zementiert diese ideologisch. Hierbei geht es nicht darum ein lebenswertes Leben zu ermöglichen, sondern den Kapitalismus am Leben zu erhalten. Dem stellen wir uns unversöhnlich entgegen. Der Kapitalismus ist ein System in dem der Mensch zu einem ökonomischen Problem/Faktor degradiert wird. Aus dieser Logik resultiert eine Überflüssigkeit derjenigen für die keine Verwendung mehr ist. Diese Menschen werden vom Job Center dressiert und verwaltet.

Für ein respektvolles und selbstbestimmtes Leben für alle! GES entlarven! Kapitalismus überwinden!
Team alles für alle!

Da uns bisher noch keine Auswertungen zum AUTONOM KONGRESS erreicht haben, drucken wir zwei Texte ab, die dort Grundlage für Referate waren: "brennen unsere herzen noch?" und "Evergreens in den Organisierungsdebatten der autlonomen Linken". Außerdem dokumentieren wir eine Stellungnahme zu einem Beitrag, der als Diskussionstext und Theaterstück auftauchte. (die zeck-Redaktion)

brennen unsere herzen noch?

ein paar gedanken über den anstehenden "autonomen kongress" in hamburg (vom 9-11.10.2009 im rahmen der feierlichkeiten "20 jahre besetzung der roten flora")

innerhalb der letzten paar jahre ist das niveau praktisch militanter auseinandersetzung sowohl international als auch in vielen orten deutschlands gestiegen. auf unterschiedlichen ebenen werden direkte aktionen in vielfältigen bereichen des alltäglichen kampfes als zentrale form wiederentdeckt und angewendet: angedrohte räumungen und gentrifizierungsprozesse treffen auf kontinuierlichen und oft harten widerstand, antimilitarismus wird wieder als wichtiges feld der praktischen aus-einandersetzung begriffen, neonazistischen aktivitäten wird entschlossen entgegengetreten, auch physische erscheinungen der staatsmacht, wie etwa polizei und ordnungsamt, scheinen zunehmend zum beliebten angriffsziel vieler leute zu werden. es passiert allgemein eine ganze menge - verglichen mit den düsteren jahren, die eher von internen szene-konflikten geprägt waren. nicht, dass es sie nicht mehr gäbe, aber in vielen städten haben sie doch abgenommen, bzw. an bedeutung verloren.

warum aber fühlen wir uns trotzdem immer noch so unzufrieden? wieso haben wir das gefühl, dass auch in dieser zeit relativen aufschwungs anarchistischer und autonomer aktivitäten was fehlt? zum teil glauben wir liegt das daran, dass das niveau der praktischen auseinandersetzung zwar gestiegen ist, die reflektion darüber, was wir tun, warum wir es tun und warum wir es in bestimmten formen tun aber gering ist oder sogar komplett ausfällt. obwohl häufig versucht wurde, eine gemeinsame diskussion aus verschiedenen blickwinkeln zu eröffnen, sind diese versuche meist früher als später gescheitert. die nach heiligendamm ins leben gerufenen autonomen vollversammlungen in hamburg und vor allem in berlin waren anfangs gut besucht, verloren dann aber immer mehr mitstreiterInnen. es sieht oft so aus, als wären wir nicht dazu in der lage gemeinsam zu diskutieren und solidarisch zu streiten, oder besser gesagt: das gesprochene wort scheint nicht so beliebt zu sein in zeiten, in denen kommunikation oft im internet stattfindet. die digitale welt kann aber die intensität, die wärme und die gefühle einer direkten face-to-face kommunikation nicht ersetzen. statt vereinzelt vorm rechner zu sitzen, möchten wir uns noch immer stundenlang direkt miteinander unterhalten, und wenn es in einem verrauchten dunklen raum eines autonomen zentrums ist.

daran, uns zu fragen, wie und wo wir sozi-

ale kämpfe wahrnehmen, wie dort mit eigenen positionen interveniert werden kann, um zusammen mit den kämpfenden agieren zu können, fehlt vielen entweder das interesse (weil diese kämpfe von "anderen" menschen begonnen werden, die nicht zu "unserer szene" gehören), die geduld oder das zutrauen (vielleicht denken viele, dass es nötig ist adorno gelesen zu haben, um einen text zu schreiben). oder sie sind von den vielen bisher gescheiterten versuchen frustriert. viel zu oft überlassen wir die ausarbeitung solcher überlegungen menschen oder gruppen, die kein interesse daran haben, zum aufstand zu kommen, die konform gehen mit den spielregeln der spektakelgesellschaft und entsprechend handeln. wir können von gruppen wie der interventionistischen linken nicht erwarten, dass sie stellvertretend für uns niederschreiben, was uns am herzen liegt - ganz einfach, weil wir etwas anderes wollen. es geht uns nicht darum, eine vernünftigere, eine bessere demokratie zu schaffen oder mehr rechte zu erkämpfen, die doch immer von einem staat gegeben werden, inklusive kontrolle, sanktion, rükknahme. uns geht es letztlich immer um die frage, wie wir mit dieser kapitalistischen gesellschaft und dem staat endgültig schluss machen können - nicht durch reformen und gute presse, sondern durch die verbreitung und praktische umsetzung autonomer selbstorganisierung, durch direkte aktion und solidarität. es geht darum, selbst kämpfe anzufangen und an den kämpfen anderer teilzunehmen, uns dabei immer der eigenen widersprüche bewusst zu sein und die alte leier endlich zu vergessen, die sich in der autonomen szene noch immer großer beliebtheit erfreut: so zu tun, als ob "wir" bessere menschen wären und widerspruchsfreier als die "anderen". wir sind immer noch teil dieser gesellschaft, auch wenn wir sie ablehnen, bekämpfen, ihre normen und ihren alltag radikal in frage stellen. es gibt keine befreite insel im kapitalismus.



wir möchten die frage aufwerfen, wie wir aus unserem sumpf ausbrechen können, wie wir mit anderen kämpfenden menschen in kontakt treten und gemeinsam - aus verschiedenen ecken und vielleicht mit verschiedenen mitteln, staat und kapital angreifen können. wir werden in zukunft alltagskämpfe von menschen wahrnehmen, auch wenn diese noch keinen politischen rahmen haben. wir werden sie nicht zu revolutionären akten umdeuten, aber mögliches subversives potenzial in ihnen erkennen. wir denken dabei zum beispiel an kollektives klauen. wie können wir eine kommunikation zwischen kämpfenden individuen, zwischen kollektiven aufbauen, die jenseits der vermittlung bürgerlicher medien funktioniert? antworten auf diese fragen gibt es in der geschichte, aber auch in der gegenwart genug, wir müssen nur die augen aufmachen. wir wollen nicht länger an irgendwelchen festbetonierten traditionen festhalten. wir wollen ihn erledigen, den bullen in unserem kopf.

- wer sagt, dass wir, um eine demonstration zu organisieren unbedingt eine anmeldung brauchen?
- wer sagt, dass wir, um unsere inhalte zu vermitteln unbedingt mit der bürgerlichen presse zusammenarbeiten oder uns selbst auf die journalistInnen-rolle zurückziehen müssen?
- wer sagt, dass wir uns, wenn wir mit flüchtlingen zusammen kämpfen wollen, auf karitative arbeit und symbolische steigbügelaktionen für politikerInnen beschränken müssen?
- wer sagt, dass freiräume erkämpfen legalisierung heißen muss?
- wer sagt, dass die anderen menschen in dieser gesellschaft alle unfähig sind, sich zu verändern?
- wer sagt, dass wir uns bei einem kongress "der autonomen" auf die übliche weise über die üblichen sachen unterhalten müssen? - über antirassismus, antifaschismus, antisexismus, etc. - in plenas, die moderiert werden, damit alles moderat wird, die oft keinen platz lassen für spontane und aufrichtige auseinandersetzungen, weil wir oft mehr an falscher harmonie interessiert sind als an unbequemen fragen.

wir sind an der weiteren reproduktion dieser althergebrachten verstaubten formen nicht interessiert. wir wollen nicht wieder nach selbstbestätigung suchen: mit uns selbst zu uns selbst sprechen, wie gut und emanzipiert wir sind im gegensatz zu den "anderen". unsere zusammenhänge reichen uns nicht, unsere debatten reichen uns nicht, unsere praxis reicht uns nicht. was wir anstreben, was wir uns ersehnen, was uns drängt, ist viel zu intensiv für diese routine und bedeutet uns viel zu viel. wir können uns nicht mit der jetzigen situation zufrieden geben. wir wollen kämpfen für unsere träume und die momente ausweiten, in denen wir spüren, dass wir leben. jene kostbaren momente, in denen es uns gelingt die isolation zwischen uns niederzureißen und tatsächlich gemeinsam zu wissen, dass dieses leben verdammt noch mal kein traum sein muss.

wir möchten dahin kommen, die kapitalistischen verhältnisse umzukippen und zwar radikal. auch wenn es vielleicht nur eine kurze zeit sein wird, in der wir uns anders auseinandersetzen, bewegen, kämpfen, lieben, denken, werden wir uns aus dieser zeit die inspirationen holen, um im nächsten moment des aufbruchs unsere gesammelten erfahrungen anwenden zu können. uns verbindet viel mehr mit der revolte in griechenland und mit den sozialen kämpfen, die sich in den letzten jahren in frankreich entfalten als mit der "bolivarischen revolution" in venezuela.

wir möchten nicht alles kleinreden, was aus der autonomen bewegung hier entstanden ist. darum geht es uns nicht. aber mit der schlichten reproduktion bestimmter klischés kommen wir nicht weiter, sondern erhalten maximal den status quo - und das kann ja wohl nicht unser anspruch sein!

solange es uns nicht gelingt, unsere treffen auf eine art und weise zu organisieren, die es uns erlaubt klar und offen über unsere grenzen zu reden und dennoch präzise und entschlossen bestimmte fragen mit dem ziel aufzuwerfen, die gesamte kapitalistische realität ins wanken zu bringen - die unsere kämpfenden beziehungen in und gegen diese realität mitreflektiert und uns die kraft gibt, nicht vor konsequenzen für das eigene leben zurückzuscheuen; solange wir nicht versuchen unsere treffen in diese richtung zu entwickeln, werden wir weiter dazu verurteilt sein, uns in unsere nischen zu verkriechen - oder zurückzukehren in den schoß der bürgerlichen gesellschaft, was heißt, dem system zusätzliche kreativität und energie zu geben, statt alle kraft dagegen einzusetzen. statt dessen befürworten wir eine diskussion, in der es schließlich um diesen umbruch geht, um die verbreitung subversiver inhalte und aktionsformen, darüber, wie es gelingen kann, dass sich die flammen ausbreiten, die un-

sere herzen erwärmen? falls diese flammen in unseren herzen noch lodern und noch nicht von tradition, anpassung, kompromiss oder resignation erstickt worden sind.

wir möchten diese wette eingehen und zwar nicht alleine. wir möchten mit euch solidarisch darüber streiten, wie es doch noch was werden kann mit der revolte, dem aufstand, denn wir haben noch nicht das interesse aufzugeben. und wir möchten das unbedingt mit all denjenigen tun, die heute und in den letzten jahren am start sind. ganz gleich, ob sie gerade angefangen haben sich zu engagieren oder schon länger dabei sind. wir denken, dass eine lange autonome vita keine voraussetzung dafür sein darf, den kongress in hamburg in form und inhalt zu bestimmen. im gegenteil würde etwas frischer wind dem ganzen vielleicht ganz gut tun.

auch aus welcher "gruppe" die leute kommen interessiert uns nicht wirklich, ob antifa oder antira oder antimil oder oder. schließlich geht es uns, bei allem respekt den erfahrungen der einzelnen gegenüber doch darum, die verhältnisse umzukrempeln, in denen solche schubladen dazu verwendet werden, leute gegeneinander auszuspielen und fertigzumachen, um sie besser ausbeuten zu können. wir sollten mehr drüber reden, was wir tun, und weniger darüber, wer wir sind.

maßgeblich für die teilnahme an der diskussion sollte einzig der wille sein, gemeinsam wege zu finden, wie wir uns unser leben und unsere wünsche wieder aneignen können. mit diesem ziel werden auch wir im oktober nach hamburg fahren, um weitere anstösse für eine diskussion zu geben und so hoffentlich dazu beizutragen, dass vielleicht übers nächste jahr diese debatte in gang kommt, die uns für unseren kampf gerade mehr als notwendig erscheint.
wir bemühen uns, einen längeren text kurz vor oder auf dem kongress zu veröffentlichen. wir schlagen für den kongress praktisch vor, nicht in ags über unterschiedliche themenstränge zu diskutieren, sondern zu aller erst und vorangig gemeinsam oder wenn nötig in kleineren gruppen die frage des aufstands zu erörtern. unser diskussionsvorschlag: texte aus griechenland im dezember und ihre bedeutung für uns.

reformgruppe süd-ost, september 2009

Evergreens in den Organisierungsdebatten der autonomen Linken

Wenig von dem, was wir erzählen, ist neu. Das meiste wurde schon mal geschrieben, zum Teil vor langer Zeit. Dies sei nicht nur gesagt, um uns autonomwissenschaftlich abzusichern, sondern vor allem, weil es darauf verweist, dass es einige Probleme schon sehr lange gibt. Unsere Idee ist es nicht, genervt von den alten Problemen, uns mit verschränkten Armen in den Ohrensessel zurückzulehnen und auf bessere Zeiten zu warten. Wir halten unsere derzeitigen Organisierungsformen zwar für die beste zurzeit machbare - sonst wären wir schon längst nicht mehr dabei - glauben aber fest daran, dass wir einiges, mit einiger Anstrengung, verändern können. Das fängt eben mit einer selbstkritischen Sicht auf die Dinge an. Gegenseitiges aufmunterndes Schulterklopfen brauchen wir wieder an anderer Stelle. Wir schreiben diesen Text aus unserem Berliner Blickwinkel und sind gespannt auf Perspektiven und Beispiele aus anderen Städten und Regionen.

Versuch einer kurzen Bestandsaufnahme - unverbindlich, unzuverlässig, große Fluktuation - wenige Gruppen und Strukturen, nur punktuelle Zusammenarbeit - keine kontinuierliche, lang anhaltende politische Arbeit und Zusammenarbeit an gemeinsamen Zielen - kurzatmige Kampagnenpolitik, die nur reagiert - große Anonymität und Abschottung - schlechte Vermittlung von Zielen und Inhalten - starke Abgrenzung

1. Fluktuation, Vereinzelung, Unverbindlichkeit

Autonome Organisierung setzt darauf, dass jedes Individuum auf Grundlage der eigenen Erfahrungen mit dem ihm eigenen Mitteln für seine Befreiung kämpft, sich dazu in kollektiven Zusammenhängen (selbst-)organisiert und sich diese über praktische Initiativen und Kämpfe zusammenfinden. Aber anscheinend klappt das nicht, oder? Warum stehen wir sonst immer wieder vor dem gleichen Problem? Die autonomen Linke ist durch eine große Fluktuation und Vereinzelung geprägt. Neben wenigen, die sich in festen Strukturen organisieren, gibt es viele Unorganisierte. In der politischen (Zusammen-)Arbeit führt dies häufig zu fehlender Verbindlichkeit und Verlässlichkeit. Gezeigt hat sich dies in den letzten Jahren u.a. in der DISSENT!-Vorbereitung des G8-Gipfels 2007 in Heiligendamm. Das offene Konzept, das sowohl Gruppen, regionale Vorbereitungskreise und interessierte Einzelpersonen zur Beteiligung einlud, führte zu ständig wechselnden Zusammensetzungen. Viele kamen zu den bundesweiten Treffen, um sich zu informieren, und nicht, um sich gemeinsam zu organisieren; nur einige wenige Gruppen und Einzelpersonen arbeiteten kontinuierlich und verbindlich zusammen. Getragen wurde die Vorbereitung schließlich hauptsächlich von den zuletzt relativ autark arbeitenden Arbeitsgruppen, die sich (auch) unabhängig von den bundesweiten Treffen organisierten. Warum gibt es nicht mehr autonome Gruppen und Strukturen? Welche Möglichkeiten gibt es, die Vereinzelung und Unverbindlichkeit aufzuheben? Führt jeder Versuch, eine stärkere Verbindlichkeit und Organisierung zu schaffen, zwangsläufig weg vom Prinzip der autonomen Selbstorganisierung hin zur Kaderorganisation?

These 1: Das autonome Prinzip "Organisiere dich selbst" ist überholt. Die Leute treffen sich nicht (mehr) einfach so und organisieren sich. Wir müssen so wie Block G8 anfangen, den Leuten Angebote zu machen, sich zu organisieren - nur radikaler eben. Wir sollten z.B. diskutieren, wie eine solche Organisierung zum 1.Mai aussehen könnte.

2. Kontinuität, Zusammenarbeit, autonomes "Agendasetting"

Autonome Politik ist häufig von kurzatmiger Kampagnenpolitik geprägt, die auf bestimmte Ereignisse abzielt, anstatt langfristige Perspektiven aufzumachen. Generell fehlt eine kontinuierliche und langanhaltende politische Arbeit und Zusammenarbeit. Es lassen sich zwar durchaus einige gemeinsame Widerstandslinien in den letzten Jahren festmachen, z.B. in den Bereichen Antira, Antifa, Antiatom oder (neuerdings) auch Antimilitarismus, und in diesen gibt es auch kontinuierlich arbeitende Gruppen und Vernetzungen. Es gibt Gruppen, die sich auf ein Thema spezialisiert haben und solche, die durch eine AG-Struktur versuchen

eine kontinuierliche, thematische Arbeit sicherzustellen. In den einzelnen Teilbereichen gibt es natürlich auch Bestrebungen sich in gemeinsamen Kampagnen zu vernetzen. Und es gibt sogar Versuche jenseits vom "Anti" Themen positiv neu zu besetzen, wie z.B. im Bereich Transgender. Und dennoch, im größeren Rahmen gesehen, lässt sich kein roter Faden erkennen. Letztlich drehen sich die einzelnen Gruppen mit all ihren Spezialthemen doch immer wieder im Kreis. Auch die Zusammenarbeit der wenigen politischen Gruppen und Strukturen funktioniert nur punktuell und fast marktförmig: Irgendjemand denkt sich ein Projekt aus, wirft es auf den Markt und hofft, dass andere Bock haben, mitzumachen. Die besseren Unternehmen Gruppen haben vorher etwas Marktforschung betrieben, indem sie Scouts losgeschickt haben, die schon bei anderen Gruppen vorgefühlt haben. In der Ausgestaltung der Aktionen (oder Kampagnen etc.) werden dann Aktionsangebote für verschiedene Zielgruppen gemacht, damit auch möglichst viele zur eigenen Aktion kommen. Was wollen wir eigentlich gemeinsam erreichen? Und auf welcher Grundlage wollen wir zusammen darauf hinarbeiten? Was verbindet uns als Autonome? Vielleicht ist es ja auch nur die Militanzklammer, die Anziehungskraft von Klandestinität und Verbotenem, die uns zusammenhält. Oder die Subkultur als eine andere Klammer? Beides scheint häufig stärker zu wirken, als das gemeinsame Ziel: der Umsturz der bestehenden Verhältnisse und die Revolution.

Zwischenthese: Militanz und Randale waren schon immer die Gründe, warum sich Leute zu den Autonomen hingezogen gefühlt haben. Um als Autonome mehr und wahrnehmbarer zu werden, brauchen wir mehr militante Aktionen, mehr Randalegelegenheiten - der Rest kommt dann schon von selber. Spannend ist in diesem Zusammenhang auch die Frage, was uns von Strukturen wie z.B. der Interventionistischen Linken (IL) trennt? Warum machen wir da nicht mit? Ist es weil sie sich vom (nicht funktionierenden) autonomen Prinzip der Selbstorganisierung abgewandt haben? Weil sie versuchen in die Mitte der bürgerlichen Gesellschaft hineinzuwirken und sich dabei nicht vor Bündnissen mit Gewerkschaften und Parteien scheuen - während wir uns mit Leuten am Rande der Gesellschaft, mit marginalisierten und wütenden Menschen, die den Umsturz wollen, auf der Straße verbünden und organisieren wollen? Manchmal spielt bei uns vielleicht auch ein Misstrauen gegen sie - die "Anderen" mit: Wollen die wirklich die Revolution? - Aber müssen wir uns da nicht erst mal fragen: Wollen wir wirklich die Revolution? Was haben wir, was die nicht haben? Was finden wir charmant und bedeutend an autonomer Politik? Das gemeinsame Leben radikaler Inhalte - die lebenspraktische Organisierung, mit Freiraumkämpfen in jedem Sinn ist für uns ein wichtiger Pfeiler autonomer Politik. Dies bedeutet für uns Alltag und Politik nicht von einander zu trennen und keine Feierabendpolitik zu betreiben. Mehrere von uns versuchen, der gesellschaftlichen Vereinzelung ein gemeinsames Leben und teils auch Arbeiten entgegenzusetzen. Trotzdem klappt dies nicht oft genug, und auch hier gälte es, einen Ausweg aus der Vereinzelung zu finden. Wenn wir uns unseren Alltag auf dieser Folie anschauen, kommen wir nicht umhin einzugestehen: Auch bei Menschen, die sich als autonom verstehen, sieht das Leben nicht so aus, wie es sollte. Also doch nicht anders als IL & co.? Der Unterschied besteht wohl darin, etwas anderes trotzdem zu wollen und trotz aller Schwierigkeiten anzustreben oder anders gesagt: wir haben wenigstens schlechte Laune dabei ?. Darum sollten wir als Autonome uns gemeinsam mehr über unsere Ziele auseinandersetzen, über deren Lebbarkeit und Möglichkeiten, auf ihrer Grundlage zu agieren. Weil wir das zu sehr vernachlässigen, ist auch schon viel Grundlagenkonsens und Wissen verloren gegangen...

These 2: Für eine kontinuierliche und langanhaltende politische Zusammenarbeit brauchen wir ein gemeinsames Selbstverständnis aus dem wir unsere Strategien entwickeln. Und wir müssen uns selbst und unsere Ziele ernster nehmen - da reicht es nicht 2 Stunden am Donnerstag Abend für die Revo einzuplanen!

3. Abschottung, Anonymität, Abwesenheit

Geprägt durch die Angst vor Spitzeln und staatlicher Repression gibt es in der autonomen Szene eine starke Abschottung. Es gibt nur wenige offene Gruppen und Strukturen, in die Interessierte einfach einsteigen können (zwei der wenigen Gegenbeispiele sind das AnitAtomPlenum oder das Anti-Kriegs-Café in Berlin). Mensch muss schon einige Kontakte und Erfahrungen vorweisen können, um in den "konspirativen", vertrauenswürdigen Kreis der Familie aufgenommen zu werden. Ist man erstmal aufgenommen in den Club, ist es dann sehr herzlich - aber das ganze hat doch was sehr Elitäres, was wir doch eigentlich ablehnen. Und nicht zuletzt werden Abschottung und konspiratives Verhalten häufig als Kult abgefeiert anstatt sie als zwingendes Übel zu begreifen und Auswege zu suchen. Andererseits finden wir in der Aktion (aber nicht nur da) gerade das Spiel zwischen "legal" und "illegal" wichtig, um selbstbestimmt handeln zu können. Hierfür halten wir die beliebte autonome Kleingruppe ohne organisierten Großzusammenhang weiterhin für die praktikabelste Lösung. Positive Ansätze um mehr Offenheit und Erreichbarkeit zu schaffen waren z.B. die Grenzcamps oder aktuell die Autonome VV in Berlin, wenn diese natürlich auch ihre Schwächen hat. Aber nicht alle Gruppen und Strukturen einer Bewegung müssen alles können, oder? Wichtig ist doch, dass eine Bewegung insgesamt einerseits ansprechbar und erreichbar und anderseits handlungsfähig ist. Nicht jede einzelne Gruppe muss beides können. Diese Abschottung und Wahrung einer vermeintlichen Anonymität wirkt sich auf unsere Kommunikation untereinander sowie in die Gesellschaft hinein aus. So lähmt die Angst vor staatlicher Repression einerseits gemeinsame Diskussionen, wenn z.B. auf einer Vollversammlung über das Vorgehen bei einer Demo diskutiert wird: Nur wenige stehen dort auf und vertreten öffentlich ein militantes Vorgehen. Neben der Ansprechbarkeit für eigene Leute fehlt eine Vermittlung von autonomen Inhalten und Zielen an die Presse und Öffentlichkeit. Das mediale und gesellschaftliche Bild der Autonomen wird vom "schwarzen Block" bestimmt, was wir erreichen wollen, wird nicht vermittelt. Aus diesen Problemen heraus haben Gruppen wie Avanti, ALB und FelS ihre Gruppen als Gegenkonzepte entwickelt. Mit z.B. leichteren Einstiegsmöglichkeiten in eine "legale" Gruppe, mit PressesprecherInnen etc. versuchen sie offener und ansprechbarer zu sein. Ein gutes Beispiel für das Scheitern beider Konzepte bietet die Pressearbeit zu den Auseinandersetzungen am 2. Juni 2007 in Rostock. Da war auf der einen Seite ein Pressesprecher der viel Unsinn gesagt hat, auf der anderen Seite leider gar niemand... Autonome Positionen, die sagten: "Ja, das war richtig dieses Zeichen zu setzen. Wir haben an diesem Tag ein bisschen an der herrschenden Ordnung gerüttelt und tun es gern wieder!", haben danach in der Presse gefehlt.

These 3: Wir müssen aus der Anonymität rauskommen, für andere ansprechbar sein und unsere Ziele und Inhalte vermitteln. Oder brauchen wir nicht eigentlich eher mehr gut organisierte und abgeschottete Aktionsgruppen, die z.B. auf der Straße was reißen?!

4. Abgrenzungen

Autonome grenzen sich gerne ab: gegen Parteien, gegen Gewerkschaften, gegen Re-

formisten, gegen Postautonome, gegen Hippies... Dabei spielen bei der Abgrenzung häufig inhaltliche Fragen eine untergeordnete Rolle, im Vordergrund stehen oft Vorbehalte, nicht selten auch persönlicher Art. Bündnisse werden häufig abgelehnt oder als zwingende Last angesehen, anstatt in Diskussionen nach inhaltlichen Gemeinsamkeiten und Zielen zu suchen. Spätestens bei der "Gewaltfrage" ist eine Zusammenarbeit dann häufig zum Scheitern verurteilt. Nur selten ist es möglich sich hierbei auf eine gegenseitige Toleranz von Aktionsformen zu verständigen. Es gibt nur wenige Gegenbeispiele in denen dies versucht oder gar erreicht wurde. Als Paradebeispiel gilt seit Jahren der Widerstand im Wendland. Beim Bombodrom gab es ähnliche Versuche, an denen sich jedoch nur wenige beteiligten. Auch einigen guten Kampagnen (z.B. gegen Gentrification) gelingt es, an sozialdemokratisch-liberale Positionen anzudocken. Dagegen sind wir mit unseren radikaleren inhaltlichen Positionen wie z.B. Antikapitalismus oder Antistaatlichkeit im gesellschaftlichen Diskurs völlig irrelevant. Sicher auch, weil es (siehe These 2) ein gemeinsam formuliertes Projekt nicht mehr gibt. Selten nutzen wir Bündnisprozesse um andere von unseren Inhalten und Aktionsformen zu überzeugen. Warum, wenn wir doch überzeugt sind, dass wir die richtigen Argumente haben?

These 4: Wir sollten selbstbewusster autonome Inhalte und Ziele in Bündnissen vertreten und offener in Bündnisprozesse einsteigen. Oder: Natürlich brauchen wir Bündnisse. Zum Beispiel die IL ist eine prima Bündnispartnerin. Die sollen für uns mit Gewerkschaften, NGOs usw. kungeln, die haben da wenigstens Lust drauf.

Anonyme Autonome Berlin (ansprechbar)

Kein Forum für die Verharmlosung sexualisierter Gewalt

"Aber das vielfältige wispern, Gerede, klagen, hetzen, grummeln über "Sexismus" verweist nicht nur auf die Attraktivität eines konservativen Anti-68er-Revolten-Diskurses, sondern auch auf Trostlosigkeit und Elend in den sexuell motivierten Beziehungen selbst. Kann gut sein, dass auch Autonome das aneinander misslungen vornehmen was Millionen anderer in dieser Gesellschaft auch so fuhrwerken: richtig schlechten Sex, und das alles in der deprimierendsten Weise. Ach wie leicht ist es doch, genau das in ungenauer Weise zu skandalisieren! Ja,sehr richtig: Gegenseitige Übergriffe, ohne die es keinen Ausdruck für sexuelles Begehren geben kann, misslingen, weil die Verständigung darüber nicht zustande kommt. Alle Klagen über die hier zugefügten tiefen Verletzungen und Schmerzen des Körpers und der Seele sind berechtigt. Fast alle Grundlagen des Vertrauens sind zunächst zerbrochen. Wer jedoch das auf den Begriff des Verbrechens bringt, weiß, dass dem logisch die Strafe zu folgen hat. Die Strafe macht aber auch den schuldig Erklärten immer Angst und so haben sie das natürliche Recht dazu, sich ihr zu entziehen. Wie auch immer der Konflikt auf dem Terrain des Sexismus ausgeht, es entfaltet sich darin zwischen einer Vielzahl von Beteiligten bestimmt so einiges an Sadismus, aber Befreiung und Glück weder für die einen noch die anderen. Tritt dann noch Politik an die Stelle, wo schlichte Rote Hilfe ihren Platz haben könnte, dann ist für die Sache der Befreiung fast alles verloren. So haben also Autonome die besten Gründe dafür - neben schlechten und trostlosen Sex - die gallige Sanktionsmacht des Anti-Sexismus zu fürchten wie der Teufel das Weihwasser."

Quelle: "Nicht blöd werden! Autonome auf dem Weg ins 22. Jahrhundert"

Der Text "Nicht blöd werden! Autonome auf dem Weg ins 22. Jahrhundert" wurde in den letzten Tagen auf dem Blog für den Kongress veröffentlicht und soll offensichtlich als Input dienen. Wir halten es für grundfalsch und Herrschaftsverhältnisse fortschreibend, wenn die patriarchalen Gewaltverhältnisse zu einem persönlichen Aushandlungsprozess erklärt werden. Wo als Grundvoraussetzung negiert wird das es sich bei sexualisierter Gewalt um ein politisches Verhältnis handelt kann man den Ursprüngen dieser auch nichts entgegensetzen. Sexualisierte Gewalt wird so in orthodoxer Manier zum Nebenwiderspruch erklärt.

Definitionsmacht wird gleichgesetzt mit den bestehenden Herrschaftsverhältnissen und die notwendige Solidarität mit Betroffenen von sexualisierter Gewalt zur "Strafe" erklärt, der sich "natürlich" zurecht entzogen werde. Der Beitrag ist gegen eine antisexistische Praxis gerichtet und verharmlost sexuelle Übergriffe zum Ausdruck der Sexualität. Sexualisierte Gewalt hat aber wenig mit Sex und dafür viel mit Macht zu tun. Im Text wird das alles ausgeblendet um die bestehende antisexistische Praxis anzuschießen und als unreflektierte Spaßbremse darzustellen. Auf dieser entpolitisierten Ebene wollen wir weder auf einem autonom kongress diskutieren noch halten wir es für angebracht, dass die Flora zur Bühne für anti-antisexistische Proklamationen wird.

Die Anerkennung von Definitionsmacht und ein solidarisches Verhältnis zu Betroffenen sexualisierter Gewalt ist für uns ein notwendiger Gerundkonsens der Diskussion. Wir sehen weder den Kongress noch die Flora als "freien" Sprechort für rassistische, sexistische oder antisemitische Tabubrüche.

Eine sinnvolle Diskussion entsteht für uns aus einem sensiblen und bewußten Umgang miteinander, der auf inhaltlicher Ebene auch gerne kontrovers sein kann. Wir haben allerdings keine Lust zum demütigen Publikum für sexuelle Selbsthilfegesprächskreise von frustrierten Autonomen degradiert zu werden, die damit die subjektiv als Unterdrückung empfundene "Macht" einer antisexistischen Praxis brechen wollen. Wir schlagen also vor das der Input in dieser Form nicht gehalten wird und der Text von der Internetseite genommen wird.

ein autonomer zusammenhang aus dem floraumfeld



Eine Auswertung no border Lesbos 09

Autonome Reisegruppe Thylla am 05.09.2009

Dieser Text wurde von einigen Autonomen aus unterschiedlichen Orten in Deutschland verfasst und soll eine Anregung zur weiteren Diskussion geben.

Es ist viel von Erfolgen die Rede in den Berichten vom No Border Camp in Lesbos 2009. Wir sehen das nicht ganz so.
Schon die Entstehungsgeschichte des Camps warf einige Ungereimtheiten auf, die wir erst jetzt etwas genaür bewerten können. In Deutschland hatten Teile der AntiRa Zusammenhänge geladen und die reisefreudigen Aktivist_innen aus unterschiedlichen Szenen machten sich startklar. In Griechenland war das Diktio Netzwerk (Netzwerk für politische und soziale Rechte) beteiligt, mobilisierte allerdings erst nur in eigenen Kreisen. Griechische Anarchistinnen hatten bis zum Dezember keine Kenntnis von den Planungen, obwohl die anarchistische Bewegung ein wichtiger Akteur in der politischen Arbeit mit MigrantInnen ist. Nur einzelne griechische Anarchist_innen wussten von dem bevorstehenden Camp, sie wurden von befreundeten deutschen Autonomen darauf hingewiesen.

Im Dezember wurden dann lokale Strukturen in Mytilini (Lesbos) eingeladen. Die wenigen AnarchistInnen auf der Insel waren sich nicht einig, ob sie sich in die Vorbereitung einbringen sollten. Einige sahen ein No Boder Camp als Chance, die politischen Aktivitäten in Bezug auf MigrantInnen auf der Insel voranzubringen, andere lehnten es aus grundsätzlichen politischen Gründen komplett ab, mit Diktio zusammenzuarbeiten. Auch die anarchistischen Gruppen aus Thessaloniki und Athen entschieden sich dann aus politischen Gründen gegen eine Zusammenarbeit mit Diktio und gegen eine Beteiligung am No Border Camp. Das ist nicht verwunderlich, denn bis auf wenige Ausnahmen gibt es keine Zusammenarbeit zwischen anarchistischen Gruppen und Diktio, besonders dann nicht, wenn eine der beiden Gruppen die anderen nur informiert statt gemeinsam vorzubereiten. Daher waren auch auf dem Camp in Lesbos keine festen anarchistischen Gruppenzusammenhänge aus Griechenland vertreten.

Nur wenige Internationals hatten jedoch im Vorfeld die politische Entscheidung der anarchistischen Gruppen, nicht am Camp teilzunehmen, mitbekommen. Die Vorbereitungsgruppen aus Deutschland und Griechenland haben diese Tatsache nicht offen kommuniziert. Die Erwartungshaltung vieler Internationals, dass sie, wie auf anderen Grenzcamps, etc., auf viele unterschiedliche Spektren treffen, hat sich somit nur zum Teil erfüllt. Es waren autonome Gruppen und Einzelpersonen aus vielen Ländern da, aber eben nicht aus Griechenland, was zu Verwirrung und Unsicherheit führte. Unserer Meinung nach hätte eine Einführungsveranstaltung zur griechischen Protestgeschichte einige Unklarheiten von Anfang an beseitigt. Ebenfalls haben wir eine Vorstellung der Organisator_innen des No Border Camps vermisst, denn dort wäre vielen Teilnehmenden die politischen Richtungen der beteiligten Gruppen klarer geworden.

Einige AktivistInnen aus Deutschland waren sich aber vor der Anreise sehr wohl der Problematik bewusst, dass kaum Anarchistinnen aus Griechenland beim Camp dabei sein werden, sind aber trotzdem gefahren. Dies war eine bewusste politische Entscheidung, weil sich oft auf Camps eine eigene Dynamik entwickelt, und sich dann auch linksradikale Inhalte und Aktionsformen umsetzen lassen.
Das war leider nicht so. Im Verlauf der Woche hatten immer mehr TeilnehmerInnen das Gefühl von Teilen der Campvorbereitung funktionalisiert und kontrolliert zu werden. Direkte Aktionen und eigene Inhalte wurden geblockt und mit den immer gleichen Hauptargumenten verworfen: a) die zukünftige politische Arbeit der lokalen AktivistInnen würde gefährdet, wenn es zu konfrontativen Aktionen auf Lesbos kommen würde, denn bislang hätte man durch Verhandlungen mit der örtlichen Präfektur und den Menschenrechtsorganisationen vor Ort erste politische Erfolge erzielt; b) direkte Aktionen würden den MigrantInnen schaden, die eigentlich nur auf ihr Papier zur Weiterreise nach Athen warten; c) direkte Aktionen auf Lesbos seien der Bevölkerung nicht vermittelbar; und über allem schwebte unserer Erachtes eine mehr oder weniger offene "Gefahrenanalyse", der "Black Block" würde Mitilini in Schutt und Asche legen.

Die Möglichkeit, dass sich Menschenrechtspolitik und direkte Aktionen auch verbinden lassen und erganzen können, wurde in diesem Zusammenhang nicht gesehen.
Schon vor dem offiziellen Anreisetag zum No Border Camp zeigte sich, dass viele autonome und anarchistische Internationals teilnehmen werden. Dementsprechend gab es neben der wichtigen direkten Hilfe für freigelassene oder noch illegalisierte MigrantInnen auf dem Camp und am Infopunkt in Mytilini viele AktivistInnen, die verantwortungsvolle politische Zeichen anderer Art setzen wollten. Doch schnell zeigte sich bei Aktionsplena, dass die Angst vor grenzüberschreitenen Aktionen immens war und dass auch die politischen Vorstellungen über den Beat des Camps völlig auseinander gingen. Durchgesetzt hat sich platt gesagt eine hummanitäre Menschenrechtspoltitik mit all ihren Facetten wie Verhandlungen mit Behörden, juristischen Spielchen. Vor diesem Hintergrund sehen wir die Angst, diese schon erarbeitete Machtposition könnte durch störende, nicht kontrollierbare direkte Aktionen von internationalen Autonomen und AnarchistInnen verloren gehen.

Diese Situation führte von Tag zu Tag mehr



dazu, dass immer mehr internationale Aktivistinnen unzufriedener wurden. Viele hatten aus internationalen Camps der vergangenen Jahre andere positive Erfahrungen gemacht und waren über die strikte Ablehnung jeglichen zivilen Ungehorsams oder eines blossen Farbeies enttäuscht.

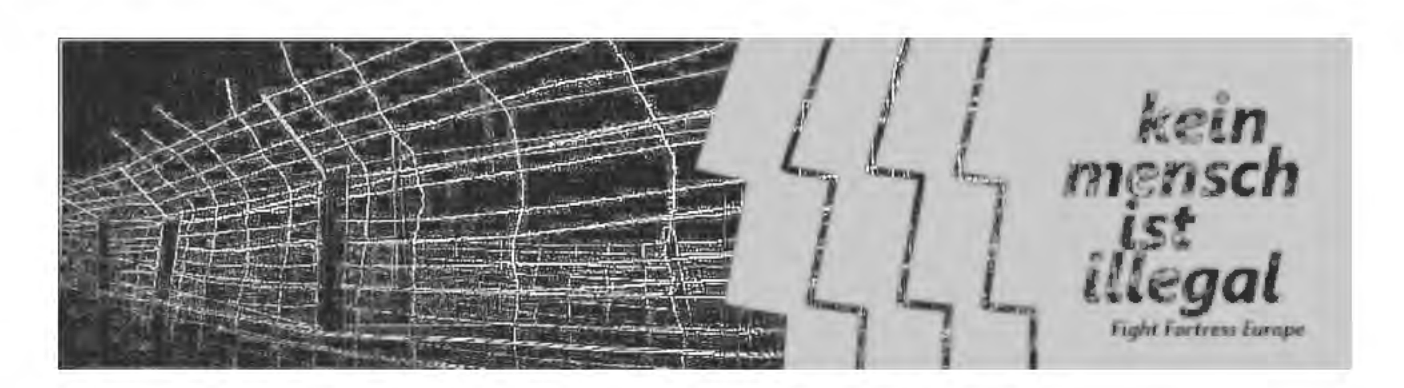
Um zu verdeutlichen wie Aktionsideen verworfen und Entscheidungen getroffen wurden, möchten wir als Beispiel die Diskussion um eine Aktionsidee am Detention-Center Pagani wiedergeben:
Nachdem sich die meisten von uns das Detention-Center angesehen haben, waren sie schockiert und wütend. Ein ehemaliges Warenlager, in dem 1000 MigrantInnen in wenigen Räumen a 180 Menschen eingesperrt sind. (Die ursprüngliche Auslegung war für insgesamt 280 Leute angedacht). Die unzumutbaren Zustände sind mittlerweile füer alle als Video dokumentiert (http://www.youtube.com/watch?v=IP2yT6EjBXo).

Der erste Impuls war, das ganze Ding gehört abgewrackt, was leider nicht so einfach ist. Denn nach Gesprächen mit MigrantInnen, die im Knast waren, stellte sich heraus, dass die meisten Migrantinnen gar nicht ausbrechen wollen. Einige würden sicherlich den Weg in die Illegalität wählen, doch eine gemeinsame Aufforderung der Migrant_innen, dass wir sie befreien sollen, gab es nicht. Vielmehr warten viele Inhaftierte auf ein Dokument zur Weiterreise nach Athen. Mit diesem Papier können sie zwar weiterreisen, werden aber gleichzeitig aufgefordert, Griechenland innerhalb von 30 Tagen zu verlassen. Das ist die einzige legale Möglichkeit, die Insel zu verlassen. Durch die Drittstaatenregelung können MigrantInnen damit allerdings kein Asyl mehr in anderen europäischen Ländern beantragen. Der Weg führt daher entweder zum Asylverfahren in Athen (mit einer Anerkennungsquote von 0,1 Prozent) oder in die Illegalität. In Pagani werden regelmässig MigrantInnen mit diesem Schein entlassen, machesmal mehrere Dutzend an einem Tag, was sicherlich damit zusammenhängt, dass täglich Illegalisierte von den Cops gefasst werden und nach Pagani gebracht werden.
Zudem gab es berechtigte Befürchtungen, dass es bei einem Riot vor dem Knast auch zu Tränengaseinsatz (griechische Bullen lieben Tränengas) und unkontrollierbaren Paniksituationen innerhalb des Knastes kommen könnte. Gerade die Unberechenbarkeit eines Stürmungsversuches, die Gefahr für die Leute drinnen und die 200 extra eingeschifften Riot-Cops aus Athen, waren für uns der Anlass nach einer cleveren Aktion zu suchen.

Mit einem kleinen Kreis von Aktivistinnen haben wir dann eine Aktion entwickelt und vorgeschlagen. Als Idee sollte das Detention-Center "umgewidmet" werden in eine Art offenen Transitraum, ohne Zellengitter und Gefägnistore, denn auf die Papiere zur Weiterreise können die Migrantinnen auch auf dem Hof, vor dem Hof oder sonst wo auf Lesbos warten. Die Aktion konnte nur verantwortungsvoll geschehen, indem möglichst wenig Öffentlichkeit und Bullen vor Ort wären, sondern nur die sechs Sicherheitsleute, die ständig im Knast sind. Eine Ablenkungsaktion in der Stadt, die Besetzung der Präfektur und Tamtam vor der Präfektur, sollte die Bullen binden, während ein "Technikteam" die Tore und Gitter in Pagani klammheimlich öffnet. Durch die Verteilung von Flugis in der Stadt wollten wir die Bevölkerung und TouristInnen von der Umwidmung und der Besetzung informieren und auch unsere generellen politischen Forderungen vermitteln. Natürlich wollten wir auch per Fax unsere Forderungen an Instutionen und politisch Verantwortliche übermitteln. Die Aktion sollte überraschend einen Tag vor der offen angekündigten Demo in Pagani stattfinden.

Dieser Vorschlag wurde dann einem grösseren Teil von Delgierten präsentiert, darunter auch Menschen aus dem Vorbereitungskreis. Unser Vorschlag wurde dann in einer langen Diskussion von unterschiedlichen Gruppen (insbesondere aus den Vorbereitungskreisen) mit den oben genannten Argumenten blockiert. Stattdessen wurde entschieden, die lange vorher angekündigte Demo nach Pagani zu machen und am Tag vorher 'überraschend' die Präfektur zu besetzen. Mit der Entscheidung für die Demo zum Knast am angekündigten Tag wurde wissentlich in Kauf genommen, dass örtliche und Athener Bullen vor Ort sind, die nichts dagegen gehabt hätten, die Situation eskalieren zu lassen. Bei der ganzen Diskussion um unseren Vorschlag hatten wir das Geführl, dass uns, als internationale Autonome/Anarchist_innen und somit als vermeintlicher Black Block nicht zugetraut wurde, verantwortvoll mit Aktionen umzugehen. Vielmehr wurde immer klarer, dass einige Leute aus dem Vorbereitungskreis die Kontrolle behalten wollen. Von einigen OrganisatorInnen stand immer die Menschenrechtspolitik als die einzige Politik im Vordergrund, der Wille und die Dynamik der Campteilnehmerinnen wurde negiert und direkte Aktion strikt abgelehnt und notfalls blockiert, anstatt beide Aktionsformen gleichberechtigt und respektvoll nebeneinander laufen zu lassen. Uns ging es aber bei der Aktionsidee weder um eine 'Befreiung' noch um einen Riot, sondern schlicht darum, das Detention-Center umzuwidmen, denn es gibt keinen einzigen Grund - ausser Abschreckung und Schikane -, MigrantInnen in dermassen menschenunwürdigen Umständen einzusperren. Auch ging es nie darum, Leute zu 'befreien', die lieber auf ihre Papiere warten, auch wenn sicher der ein oder andere die Möglichkeit genutzt hätte, zu gehen, aber das kann dann ja jede/jeder für sich entscheiden.

Von unserem Vorschlag blieb dann nur noch die Präfektur Besetzung übrig. Die wurde zwar nicht völlig offen angekündigt, scheiterte jedoch leider an - unserer - schlechten Vorbereitung. Auf dem anschliessenden spontanen Plenum war es dann noch nicht mal möglich eine spontane Demo zu machen, weil dies der Bevölkerung nicht vermittelbar sei und mal wieder Angst vor durchgeknallten Autonomen und AnarchistInnen, die Mytilini zerstören wollen, im Vordergrund stand.
Das ist nur ein Beispiel, das verdeutlichen soll, wie Aktionsideen auf diesem Camp geblockt wurden. Immer wieder wurden



durch nicht nachvollziehbare Macht-Spielchen Ideen zerredet. Sicher gab es auch bei anderen Aktionscamps immer eine Auseinandersetzung über Aktionen und Inhalte, doch viele hatten das Gefühl, in diesem Camp war der Kontrollwahn einzelner Fraktionen besonders ausgeprägt.

Die Machtstrukturen innerhalb des Camps waren leider für fast alle zu undurchsichtig. Wir haben uns viel zu lange an diesen Diskussionen abgearbeitet, statt uns selbst zu organisieren. Das verbinden wir auch mit einer Kritik an den wenigen örtlichen AnarchistInnen, die sich an der Campvorbereitung beteiligt haben. Diese haben sich nicht eindeutig positioniert und teilweise, als Teil der Mytilini-Vorbereitungsgruppe, die Blockadehaltung mitgetragen. Wie erst später klar wurde, hatten sie nicht damit gerechnet, dass so viele autonome/anarchistische Internationals teilnehmen werden, die mehr wollten als einen rein humanitären Ansatz. Auch für die örtlichen AnarchistInnen war es schwierig herauszufinden, wer wer ist und wer was will. So haben wir erst am Ende gemeinsam festgestellt, dass es ein autonomes/ anarchistisches Plenum hätte geben müssen. Hierzu hatte es zwar bereits zu Beginn einen Aufruf gegeben, zu dem Zeitpunkt hatten die meisten von uns jedoch noch die Einschätzung, dass die Dynamik des Camps nicht so blockiert werden würde.

Auch deutsche AntiRa-Aktivistinnen haben zu einigen Tiefpunkten des Camps ordentlich beigetragen. Nach einer Demonstration in Mytilini hatten einige AktivistInnen Farbeier vorbereitet. Ziel sollte die Fassade eines Gebäudes am Hafen sein, in dem sich ein Frontexbüro befindet und auch die Hafenbullen ihre Büros haben. Die Demo endete ca. 100 Meter vor dem Gebäude, offensichlich wollte eine Gruppe von Leuten mit einem Transpi weiter in Richtung des Gebäudes und versuchte Leute mitzuziehen. Einer aus der deutschen Vorbereitungsgruppe stellte sich konfrontativ vor die Gruppe und drohte Prügel an, wenn hier andere Aktionen durchgeführt würden, denn es gäbe ja einen Konsens auf dem Camp, dass nichts konfrontatives passieren dürfe. Spannend auch die Einschätzung der griechischen Anarchistinnen aus dem Camp, die meinten, selbst bei einem Farbei-Wurf würde die Situation von den Athner Fascho-Bullen eskaliert werden, wir Internationals sind nicht auf Kämpfe mit Ather/Riot/Cops eingestellt, daher lehnten sie die Aktion ab.

Den Vogel haben allerdings die griechischen AnarchistInnen abgeschossen, die sich bis dahin aus politischen Gründen nicht beteiligt hatten. Die tauchten nämlich mit 50 vermummten und bewaffneten Leuten inklusive Fronttranspi und griechischen Parolen just zu dem Zeitpunkt auf, als sich mehrere Internationals der Farbeigruppe anschliessen wollten. Die hatten allerdings ihr eigenes Ding geplant, aber niemanden vorher über ihre Ziele was gesagt. Ca. 300 Leute haben sich dann dem kraftvollen Auftritt der griechischen AnarchistInnen angeschlossen, ohne zu wissen wohin es ging und mit welchem Ziel. Nach endlosem Gelatsche durch stockfinstere Mytilini-Gassen, stellte sich raus, dass wir auf dem Weg zu einem traditionellen griechischen Konzert sind, dort einige Leute auf die Bühne wollten, ein Transpi hochhalten und politische Forderungen gegen die unsägliche griechische Migrationspolitik verlesen wollten. Keine schlechte Aktion, aber auch hier hat sich gezeigt, dass die Kommunikation untereinander gleich null war.

Und was ist sonst noch so passiert? Wichtig und gut war der Infopunkt mitten in Mytilini. Dieser war nicht geplant, wurde dann aber spontan aufgebaut und hat die fatale Migrationspolitik im Ort sichtbar gemacht. Erst kritisch von Einheimischen beäugt, sind von Tag zu Tag mehr Leute aus Mytilini und Umgebung gekommen, haben Essen gebracht oder ihre Hauszelte zur Verfügung gestellt. Hier gab es Flyer und Infos und hier wurde ganz praktisch Illegalisierten geholfen. Als positives Beispiel sehen wir die Hilfe für eine afghanische Grossfamilie, die nicht nach Pagani geschickt wurde, sondern sofort auf den offenen Campplatz beim Flughafen auf ihr Weiterreise-Papier warten durfte. Mit vielen Tipps und Tricks konnte einzelnen MigrantInnen geholfen werden und durch den permanenten politischen Druck ging auch die Ausstellung der Weiterreisepapiere zeitweise etwas schneller. Allerdings hat sich für Viele der poltitische Aktionismus rein auf den Infopunkt beschränkt, was bei vielen mit Überforderung und Erschöpfung einher ging. Alle Energie und Dynamik ging in die direkte Hilfe, für mehr blieb kaum noch Zeit.

Auch auf dem Camp entwickelte sich nach und nach eine Dynamik, die unserer Meinung nach fatal war. Durch die Zusammenarbeit mit den lokalen SozialarbeiterInnen im Knast, den Menschenrechtsanwälten und den Leuten aus unterschiedlichen NGOs, nahm der Anteil der Menschrechtsarbeit immer weiter zu und politische Forderungen und Zusammenhänge wurden immer weiter vernachlässigt. So wurde das Ausreisepapier und die Anzahl von freigelassenen MigrantInnen aus Pagani zum einzigen politischen Schwerpunkt. Täglich wurden Erfolgsmeldungen berichtet wieviele Menschen rausgelassen wurden, ohne die Anzahl den regelmässigen Entlassungszahlen gegenüber zu stellen, ohne zu skandalisieren, dass das Ausreisepapier für die 140 Leute, die am Samstag entlassen wurden, schon am 21. August ausgestellt wurde, also schon eine Woche vor der Entlassung aus Pagani. Welche Dynamik eine so einseitig, also auf Verhandlungen und juristisch ausgerichtete Politik, haben kann, hat sich am Samstag vor und im Detention-Center gezeigt. Hier wurden die Ansätze der MigrantInnen selbst blockiert.

Am Samstagmorgen hatten die Leute in Pagani so lange rebelliert, dass die Tore zum ersten Mal geöffnet wurden und sie sich frei auf dem Innenhof des Detention-Centers bewegen konnten. Einige Leute vom Camp sind nach Pagani gefahren, um sich ein Bild von der Lage zu machen. Vor Ort stellte sich raus, dass wegen der Frontex-Aktion im Hafen nur die üblichen Bullen im Knast sind und die Situation als gut eingeschätzt wurde, wenn mehr Leute zur



Unterstützung kommen würden. Dies wurde aber durch Leute auf dem Camp verhindert, die immer wieder betonten, in Pagani wäre alles ok, mensch brauche da nicht hinfahren. Wahrscheinlich wieder mit der Angst, die Situation könnte nicht mehr kontrollierbar sein. Also sind die meisten in den Hafen gefahren um bei der hervorragenden Bootaktion mitzumachen.

Vor Ort in Pagani nahm die Situation wärenddessen groteske Züge an. Eine Frau, die im Knast arbeitet (wir wissen nicht ob NGO, Anwältin oder sonst was) hat die MigrantInnen aufgefordert wieder zurück in den Zellen zu gehen, da sie für 140 Leute Ausreisepapiere (die schon eine Woche zuvor ausgestellt worden waren) hätte. Auf unsere Frage, warum das nicht im Hof geschehen konnte, sagte sie, die Situation wäre zu unübersichtlich und drinnen in den Zellen könnten die Namen besser verlesen werden. Unsere Proteste haben nicht viel genützt, die Leute sind unter diesem Druck dann wieder "freiwillig" in die überfüllten Räume gegangen. Durch einen glücklichen Zufall sind eine Stunde später circa 50 AktivistInnen auf den Seitenhof des Geländes gekommen, einige setzten sich, andere fingen an mit den Leuten in den Zellen zu sprechen und wieder andere versuchten das offene Eingangstor unbrauchbar zu machen. Die wenigen Sicherheitsleute waren überfordert, ihre Athener Verstärkung hatte allerdings im Hafen zu tun... ideale Vorraussetzungen... bis, ja bis mal wieder die MenschenrechtsaktivistInnen weitergehende Aktionen zunichte machten. Einer von ihnen hatte im Alleingang und ohne Absprache mit irgendwem, den Bullen die Zusage gemacht, wir gehen, dafür greifen uns die Bullen nicht an. Als Druckmittel gegenüber uns sagte er, wenn wir nicht gingen, würden die restlichen Fraün und Kinder nicht entlassen. In bester Bullen-Manier hat er als eifriger Hilfspolizist diese Aktion sabotiert. Kurz gesagt, die Zusammenarbeit von SozialarbeiterInnen, NGOs und Teilen der Campvorbereitung haben jede noch so kleine Aktion im Keim erstickt. Hingegen wurde jede - zum Teil eh geplante - Entlassung zum politischen Erfolg gekrönt.

Zusammenhänge konnten auch an anderer Stelle nicht hergestellt werden. Nach einer spontanen kurzen Blockade einer Militärparade, die in Mitilini jeden Sonntag stattfindet, hagelte es Kritik. In Griechenland gibt es leider auch unter Linksradikalen wenig bis keine Auseinandersetzung über das Militär. (In weiten Teilen der Bevölkerung noch viel weniger. Die Militärparade am zweiten Sonntag des Camps wurde nicht nur von riot-cops begleitet, sondern auch von einem nationalistischen Block unter ihnen einige bekannte Faschisten, der mit Unterstützung der Bullen den Infopunkt in der Stadt verbal angriff.) Auch die Teilnahme des griechischen Militärs am Krieg in Afghanistan wird nicht thematisiert. Zusammenhänge, also beispielsweise Fluchtursachen wie Krieg und Vertreibung wurden nicht gesehen bzw. ignoriert. So wurde auch von vielen im Camp diese spontane Aktion kritisiert, weil sie konfrontativ und damit unnötig war. Auch hier wurde die Chance verpasst, sich politisch auseinanderzusetzen. Stattdessen ging es in diesem Camp immer nur darum, die illegale Praxis der Internierung abzuschaffen und die Verhandlungsposition der örtlichen SozialarbeiterInnen zu stärken.
Trotz unserer grundsätzlichen Kritik gab es unserer Meinung nach auch einige wenige gelungene Aktionen, wie die Hafenblockade mit Booten oder die Dachbesetzung am letzten Camptag. Da diese gut dokumentiert sind, wollen wir hier jedoch nicht weiter darauf eingehen, denn jede und jeder kann sich die Berichte dazu ja selber anschaün. Diesen Bericht geben wir in erster Linie, weil die bisherigen Darstellungen und Nachrichten aus Lesbos überwiegend als Erfolgsmeldungen daherkommen. Das sehen wir nicht so. Wir sehen uns keineswegs in der Rolle, die Hilfspolizei zur Durchsetzung der Genfer Konvention zu spielen und als Spielball der örtlichen Sozialarbeit eingesetzt zu werden. Wir kritisieren nachdrücklich die Machtpolitik einzelner Vorbereitungsgruppen, die Dynamik des Camps und direkte Aktionen zu blockieren. Und natürlich wünschen wir uns eine solidarische Diskussion über unsere Kritik.

Am Ende senden wir soidarische Grüsse an die GenossInnen aus Rotterdamm, weiter so!



Atomkonsens 2.0

"Atomausstieg lieber nie als gar nicht" war das Credo des ersten Atomkonsenses aus dem Jahr 2000. Nun heißt es in den Koalitionsverhandlungen zwischen CDU und FDP also Brückentechnologie . Mit den Verhandlungen um die Transformation des Atomkonsenses ist anscheinend auch die hohe Zeit der WortschöpferInnen angebrochen. 2001 bescherten sie uns sprachliche Zuckerstücke wie "Restlaufzeit" und "Endlager-Moratorium" 2009 avanciert die Formulierung "Brückentechnologie" zum Schlager.

Für die Einen bedeutet Brückentechnologie vor allem eine Überbrückung der atomkritischen Stimmung in der Bevölkerung nach dem Desaster in der Asse und den Störfällen in Krümmel. Für Andere ist es schlichtweg die Zauberformel um den sich wieder zuspitzenden Konflikt um die Atomanlagen zu entschärfen. Ähnlich wie die Formulierung "Atomkonsens" suggeriert der Begriff "Brückentechnologie" der Betrieb von Atomanlagen würde in der BRD ein Ende finden. Dass jetzt eine schwarz-gelbe Koalition überhaupt über das Ende von Atomanlagen redet ist kein Zeichen von Einsicht, sondern der Stärke der Anti-Atom-Bewegung. Denn Atomanlagen werden zumeist nicht auf parlamentarischem Weg stillgelegt, sondern durch den Widerstand in der Gesellschaft, die den Weiterbetrieb nicht mehr opportun erscheinen lässt. Und vor diesem Hintergrund stellt das konservative Reden von einer Brückentechnologie einen Durchbruch dar.

Dass es beim parlamentarischen Reden über das Ende der Atomanlagen vor allem um die Befriedung von Widerstand geht, zeigt die Bilanz von neun Jahren sog.Atomkonsens, in denen lediglich zwei AKWs vom Netz gingen, und zwar jene, die von den BetreiberInnen ohnehin nicht mehr als rentabel eingestuft wurden (Stade und Obrigheim). Es ist daher davon auszugehen, dass trotz schwarz-gelbem Reden über die Atomanlagen in der kommenden Legislaturperiode genauso viele AKWs vom Netz gehen wie in der Vergangenen, nämlich Keines.



Der Traum (der Atomlobby) ist aus.

Die Atomkraft hat von Anfang an davon gelebt nicht nur eine Technologie zu sein, sondern einen Traum zu vermitteln, und eine Lösung darzustellen. Zunächst in den 50er und 60er Jahren den Traum von kostenlosem elektrischen Strom für Alle, und damit dem Anbruch des paradiesischen Atomzeitalters. Später dann, in den 70er und 80er Jahren als alternativlose Quelle für ein ungebremstes Wachstumsprojekt. Nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl 1986 in die Krise geraten, versuchte sich die Atomlobby seit Ende der 90er Jahre sich als Klimaretterin darzustellen, ein Argument, dass in Ländern mit schwächerer Anti-Atom-Bewegung durchaus verfängt. Aber nach den Störfällen in Krümmel und angesichts der ungelösten Endlagerproblematik fordert nun auch die CDU in den Koalitionsverhandlungen, dass die Energieversorgung "langfristig" ganz durch erneuerbare Energien sichergestellt werden soll. Festzustellen ist, das es selbst in den Reihen der keinesfalls atomkritischen CDU nicht mehr angesagt ist, positiv über Atomanlagen zu reden, zumindest nicht in der Öffentlichkeit. Hieß es bis Anfang der 90er Jahre noch, die Lichter gingen ohne Atomkraft aus und regenerative Energieerzeugung wäre ein Öko-Hirngespinnst, stellen sie nun also die Zukunft der Energiepolitik dar, ein bemerkenswerter Wandel, und Ausdruck einer wegbrechenden atomaren Hegemonie. Für die Atomlobby ist das der GAU, der größte anzunehmende Unfall. Denn wenn selbst die CDU sie nicht mehr braucht um eine energiepolitische Zukunft zu bestimmen, wird es eng für Siemens und C.o..

Moderner Ablasshandel

Um den gesellschaftlichen Unfrieden über das Ende des Atomkonsenses zu befrieden, sieht sich die neue Bundesregierung zu einem modernen Ablasshandel genötigt. Die enormen Extraprofite, die sich die vier großen Energiekonzerne auch in Zeiten der Krise durch den Betrieb längst abgeschriebener Alt-AKW in die Tasche stecken können, haben in der CDU (wo sonst) die Idee eines Ablasses reifen lassen. Ablass fühlt sich irgendwie gerecht an, und hat historisch noch nie die herrschenden Verhältnisse geändert. Von den Extraprofiten sollen die Konzerne wahlweise 50% oder gar 75% abtreten und in regenerative Energien stekken. Dies hört sich zunächst nach einem harten Schlag gegen die Energiekonzerne an, doch eine genaues Hinsehen lohnt sich. Wie hoch auch immer der zu zahlende Ablass ist, den Konzernen bleibt immer noch eine beträchtliche Summe an Extragewinnen übrig, die sie ohne den Betrieb von Atomanlagen nicht hätten. Angesichts kollabierender Banken und schließender Werften ist es überaus komfortabel mit den Atomanlagen die verbleibenden 25%-50% Extraprofit einstreichen zu können.

Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass die für regenerative Energien abgezweigten Gelder nicht in eine dezentrale Energieversorgung fließen werden, sondern regenerativen Megaprojekte zu Gute kommen, die eine marktbeherrschende Stellung der großen Konzerne auch im Bereich der regenerativen Energien zementieren werden. Bestes Beispiel dafür ist das Projekt DESERTEC , mit dem RWE und andere große Flächen in der nordafrikanischen Sahara mit Solaranlagen belegen wollen, um diesen Strom dann nach Europa weiter zu leiten - Neokolonialismus in seinem "nachhaltigsten" Gewand. Das Geld des nuklearen Ablasshandels wird also mit großer Wahrscheinlichkeit wieder in die Taschen der Stromkonzerne wandern, und ihre marktbeherrschende Stellung auch auf den Bereich regenerativen Energien ausweiten.

Das Reden über Atomtechnologie als Brükkentechnologie soll letztlich über einen grundlegenden Konflikt hinwegtäuschen, dass ein wirklicher Wechsel der Energieversorgung hin zu regenerativen Energieformen nur dann gelingen wird, wenn Wind und Solarenergie die Grundlast übernehmen, und gasbefeuerte Anlagen die entstehenden Lücken füllen. So lange aber Kohle und Atomgroßkraftwerke laufen wird dies nicht passieren, und schon gar nicht, wenn es nach dem Willen der vier großen Energiekonzerne geht.

Und da kommen wir dann wieder ins Spiel. Ob der Atomkonsens 2.0. und das Reden von einer Brückentechnologie für die Atomlobby eine "stairway to heaven" eröffnet, oder "bridge over troubled water "wird, hängt ganz wesentlich vom weiteren Widerstand der Anti-Atom-Bewegung ab.

Seid bereit!

Normalbetrieb

08.09.2009 Im französischen Atomkraftwerk Penly ist nach einer Feuerwehrübung ein Brand ausgebrochen.

http://www.contratom.de/news/newsanzeige.php?newsid=17248

16.09.2009 In der Ukraine sind nach Medienberichten vier Polizisten festgenommen worden, die offenbar 25 Tonnen radioaktives Material vom Gelände des Atomreaktors in Tschernobyl verkaufen wollten.

http://www.contratom.de/news/newsanzeige.php?newsid=17542

12.10.2009 Im abgeschalteten Atomkraftwerk Krümmel bei Hamburg ist in einem Nebenkühlkreis eine Kühlwasserpumpe ausgefallen. Eine Schutzeinrichtung für den Antriebsmotor habe sich eingeschaltet, gab Betreiber Vattenfall am Montag an. Der Motor wurde ausgetauscht

http://newsticker.welt.de

Aktion

Deutschland, 29.09.2009 - Krümmel: Proteste bei Transformator-Abtransport
Kurzzeitig wurde die Schleuse, durch die das Schiff hindurch musste, besetzt. Begleitet von Polizei zu Land und Wasser wurde der Trafo, der erst 2007 - unter erheblichen Protesten von AtomkraftgegnerInnen nach Krümmel gebracht wurde, wieder abtransportiert. Mithilfe eines 16-achsigen Tiefladers erreichte der 400-Tonnen Trafo vergangene Nacht den Geesthachter Hafen, wo er samt Tieflader und Zugmaschinen auf ein Ponton verladen wurde.
Atomkraftgegner kündigen schon heute Proteste an: 'Wenn diese Trafos kommen, ohne die Krümmel nicht wieder ans Netz gehen kann, werden wir blockieren!'.
contrAtom bleibt am Ball: Krümmel-Blog auf.

www.contratom.de/kruemmel

Deutschland, 30.09.2009 - Geheimhaltung ist nicht! Probecastor durchs Wendland
Der antiAtom-Widerstand ist wachsam, die Ohren der Freien Republik Wendland lauschen überall. Noch am Wahltag sickert durch, daß zwei Tage später ein Probecastor durchs Wendland rollen soll.
Noch während Wasserwerfer, Räumpanzer und Polizeieinheiten sich in der Kaserne in Lüchow aufstellen, machen Menschen sich auf den Weg an die Transportstrecke. Ein Karlsson vom Dach schwebt über der Schiene im Mondlicht in der Göhrde und bewacht die Hindernisse, die eifrige WaldarbeiterInnen auf den Gleisen angebracht haben: außer Ästen und Baumstämmen findet sich auch als technisches Hindernis ein Bremsschuh ein. An anderen Stellen werden die Schienen gründlich untersucht. Und schwups sind die nächtlichen Gestalten wieder verschwunden, Am Morgen wird der Bahnverkehr eingestellt! Noch bevor der Probecastor seine Rückreise aus Dannenberg nach Lüchow antritt, sind auch in Lüneburg viele Menschen an der Schiene aktiv. Zwei AktivistInnen klettern auf den Bogen der Eisenbahnbrücke über den Elbeseitenkanal und spannen dort ein Transparent mit der Aufschrift 'Stopp Castor'. Auch in der Göhrde am Bahnübergang Grünhagen sind bereits wieder Menschen unterwegs. Der Zug muß eine Notbremsung machen, weil Menschen auf den Schienen sind. Er hält an, aber die Menschen sind bereits verschwunden. Und plötzlich verliert die Bremsanlage des Waggons, auf den der Probecastor geladen ist, zischend ihre Druckluft. . Es dauert, bis der Zug sich wieder in Bewegung setzen kann.

Deutschland, 05.10.2009 -
Endlagerbaustelle Gorleben besetzt
In den frühen Morgenstunden des 5.10. besetzten Anti-Atom-Aktivist_innen die Endlagerbaustelle in Gorleben. Anlässlich der heute beginnenden Koalitionsverhandlungen fordern sie ein eindeutiges Bekenntnis gegen Laufzeitverlängerungen und gegen Gorleben als Endlagerstandort.
Mehrere Kletteraktivist_innen entrollten auf dem Förderturm des Salzbergwerks ein Transparent mit einer riesigen Anti-Atom-Sonne und die Aufforderung: 'Bringt Bagger!' 'Statt das Moratorium aufzuheben, sollte das Endlager im Gegenteil zurückgebaut werden.', so Hanna Poddig von contratom. 'Dass der Salzstock nicht als Endlager geeignet ist, sollte spätestens seit den Desastern aus der Asse und Morsleben allen klar sein.
Gerade weil die regierungsbildenden Parteien sich im Wahlkampf für eine Verlängerung der Laufzeiten der AKWs ausgesprochen haben, sei es wichtig, sich öffentlich für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen einzusetzen.

www.contratom.de/kruemmel



Die Moorburgtrasse
Vattenfalls Schneise der Verwüstung

Vattenfall hat mit dem Bau der gigantischen Fernwärmeleitung im Hafengebiet von Wilhelmsburg begonnen. Die Moorburgtrasse ist dabei ein für Vattenfall unverzichtbarer Bestandteil des umstrittenen Kohlemeilers technisch, vor allem ökonomisch, aber auch formal um die Betriebserlaubnis zu erhalten. Die Moorburg-Baustelle nimmt jetzt Anlauf nach Altona und St.Pauli - mit massiven Auswirkungen auf Umwelt und AnwohnerInnen. Die Genehmigung hierfür wurde klammheimlich ohne jede Anwohnerinformation von Senatorin Hajduk (GAL) im vereinfachten Verfahren erteilt. Zu den Auswirkungen in den Stadtteilen:

Lt. Vattenfall wird der Trassenbau 240Mio. kosten und über 3-4 Jahre Grossbaustelle im Stadtteil werden. Die Trasse geht über 12 km durch Wilhelmsburg, Steinwerder, quert die Elbe, geht weiter als Tunnelbaustelle unter St.Pauli hindurch und dann durch Altona bis zum Diebsteich.
In Altona erfolgt die Verlegung in einem ca. 8m breiten und 3 m tiefen Graben. Allein in Altona sollen über 300 zum Teil sehr alte und große Bäume gefällt werden. Diese werden lt. Vattenfall dann später ersetzt , wobei es sich hierbei um höchstens 4m hohe Setzlinge handelt, die den Bestand nicht annähernd ersetzen können. Obendrein gibt es weniger Setzlinge als Fällungen. Die Differenz wird von Vattenfall per Zahlung für Baumpflege allgemein im Bezirk ausgeglichen .
Viele Parks im sog. Grünzug werden während der Bauzeit nicht benutzbar sein und danach zumindest in ihrer bisherigen gewachsenen Struktur auch nicht wieder hergestellt werden können. Auch dadurch nimmt die umstrittene Neuplanung, bzw. Gentrifizierung für den Grünzug parallel Fahrt auf. Die Trasse führt vorzugsweise an angeblich nicht zukunftsfähigen Sozialwohnungen und abbruchreifem Gewerbe entlang das kommt den Politikern, die die Umgestaltung des Grünzugs in Richtung urbanes Wohlfühlen für die Elite planen sehr gelegen. Jetzige AnwohnerInnen sind von Vertreibung bedroht.
St.Pauli will Vattenfall für die Moorburg-Fernwärmetrasse mit einem 4,4m breiten Tunnel untergraben, wobei auch die Bauleitung beim Pannenkonzern liegt. Es gibt auffällig viele Parallelen zum Tunnelbau neben dem Kölner Stadtarchiv. Die Ursachen für den Einsturz - Schildvortrieb, Wasserproblematik, Schachtbauten, Bestandstiefbau ... können für den Tunnelbau unter St.Pauli nicht ausgeschlossen werden, sondern sind ähnlich auch hier geplant bzw. zu erwarten. Vattenfall hat sich obendrein als Bauherr und technische Leitung für ein derartig risikoreiches Bauvorhaben eindeutig disqualifiziert siehe Krümmel!
Auch Wilhelmsburg ist betroffen. Hier werden, ebenso wie in Altona, viele Bäume gefällt. Außerdem quert die Trasse den Brutplatz der Möwenkolonie an der Hohen Schaar. Die Stadtteile Wilhelmsburg und Moorburg sind wegen der Feinstaubemissionen aus dem Kraftwerk selber sowieso schon hart betroffen.

Zur wirtschaftlichen Bedeutung der Fernwärmeauskopplung für Vattenfall:
Zum Einen rechnet sich das Kraftwerk ohne den fest eingeplanten Profit aus der Fernwärme schlicht nicht, zum Anderen verfolgt der Konzern auch den Plan einer jahrzehntelangen Kundenbindung an die Fernwärme aus Moorburg. Für Vattenfall geht es dabei in kommenden Jahrzehnten um zweistellige Milliardenbeträge als erwarteter Gewinn. Vattenfall erwirtschaftet in der Region Hamburg/Berlin schon heute jährlich satte Gewinne das soll durch Moorburg und den Monopolstatus für die Fernwärme gesichert und ausgebaut werden. Hinzu kommt, dass die Entnahme von Fernwärme eine zwingende formelle Auflage in der Gesamtgenehmigung für das Kraftwerk ist.

Sollte die Leitung nicht in Betrieb gehen können, dürfte Moorburg nicht angefahren werden.
Die Fernwärmeleitung ist neben der Süderelbe ein zweiter Kühlkreislauf . Durch die wasserrechtlichen Auflagen darf Moorburg die Elbe nur bis max. 3 C erwärmen. Um dann aber nicht drosseln zu müssen plant Vattenfall nun zusätzlich einen 200 Mio. teuren Kühlturm. Dieser kostet auch im Betrieb viel Energie und damit Geld. Der durchaus wesentliche Kühlfaktor durch die Fernwärme dient also zusätzlich der Profitmaximierung.

Für die Fernwärmeleitung wurde Vattenfall sogar die vereinfachte Genehmigung ermöglicht
Dieses ist normalerweise nur für kleinere Bauvorhaben vorgesehen, welche zweifelsfrei weder Belastungen für Umwelt, noch für die AnwohnerInnen bedeuten. Bei dem ansonsten vorgeschriebenen Planfeststellungs-verfahren , ist z.B. eine detaillierte Umweltverträglichkeitsprüfung, sowie umfassende Anwohnerbeteiligung vorgeschrieben. Ganz selbstverständlich ist dies z.B. beim Vorhaben der neuen Straßenbahn vorgesehen. Um das vereinfachte Verfahren formal zu rechtfertigen wurde von der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) die Umweltverträglichkeit auf knappen 11 Seiten gescreent . Dieses Screening enthält aber Zahlen aus der alten Trassenplanung (direkt unter Holstenstraße und Kieler Str. hoch). Dort heißt es z.B. 3.2.1 Schutzgut Tier, Pflanzen und biologische Vielfalt...... Nördlich der Norderelbe verläuft die Trasse unter bestehenden Straßen, die mit Ausnahme von ca. 20 m keine bepflanzten Mittelstreifen besitzen. Die Flächen haben aufgrund der bereits vorhandenen Vollversiegelung keine Bedeutung für Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt. Lediglich auf einer Länge von ca. 150 m verläuft die Leitung unterhalb von vegetationsbestandenen Flächen. Diese Flächen besitzen eine geringe biologische Vielfalt und sind stark anthropogen (menschengemacht) beeinträchtigt.

Holstenstraße/ Ecke Gählerpark
Die jetzige Planung sieht jedoch einen anderen Verlauf vor, welcher ca. 1800m durch vegetationsbestandene Flächen hauptsächlich im Grünzug Altona beinhaltet. Also wurde das vereinfachte Verfahren gar nicht auf Grundlage der aktuellen Planung ermöglicht. Hinzu kommt, dass der sog. landschaftspflegerische Begleitplan (siehe Ausschnitt links) ganz offensichtlich für den

Auftraggeber Vattenfall aufgehübscht wurde. So werden bspw. Bäume angeblich erhalten, die derart dicht an der Trasse stehen, dass dies lt. erfahrenen Baumschützern völlig unrealistisch ist. Außerdem werden nur die bereits verlegten Rohre, nicht aber die viel größere Trassengrube verzeichnet und es gibt in den Parks angeblich keine Baustelleneinrichtungsflächen, was ebenso Unfug sein dürfte.
Und zur Anwohnerbeteiligung heißt es aus der BSU auf ein Auskunftsersuchen der LINKEN: Nach Vergabe der Bauleistungen und Detaillierung der Terminpläne werden das Bezirksamt, wie schon bei der Planung des Trassenverlaufes, sowie die Anwohnerinnen und Anwohner rechtzeitig informiert. Hierzu wird ein Kommunikationskonzept erarbeitet, das die unterschiedlichen Informationsbedürfnisse berücksichtigt. Im Klartext gibt es erstens nichts für die AnwohnerInnen mitzubestimmen und zweitens bewertet die BSU dann, wer was wissen muss bzw. darf. Die echte Ausführungs- und Terminplanung bleibt geheime Kommandosache.
Hamburg hingegen hätte wirklich gute Alternativen zur schmutzigen Moorburg-Fernwärme, wie z.B. dezentrale Blockheizwerke, Biogas oder Erdwärme. Das hätte für die Verbraucher zunächst schlicht den Vorteil, dass sie nicht auf einen Monopolisten angewiesen wären. Den Beweis, dass es Alternativen zur Fernwärme aus Moorburg bzw. Wedel (altes Kraftwerk) gibt, hat Vattenfall selber erbracht: Das wesentliche Erweiterungsgebiet für die Hamburger Fernwärme - die Hafencity - wurde vom Konzern an ein ökologisch vertretbares kleineres Gasheizkraftwerk angeschlossen. In Berlin-Lichtenberg plante Vattenfall bis Anfang des Jahres ein großes Kohleheizkraftwerk. Nach breiten Protesten hat der Konzern dies dann zurückgezogen. Und: Auf einmal gab es für die Berliner Fernwärme ausreichend Alternativen, welche vorher immer vehement als nicht ausgereift bezeichnet wurden. Senatorin Hajduk hat wiederum den Rückkauf des Fernwärmenetzes für 2014 versprochen. Dieses soll dann, so die Umweltsenatorin, ausdrücklich an klimafreundliche Erzeuger angeschlossen werden. Das dürfte mit der Realisierung der Trasse ein hohles Versprechen bleiben. Stattdessen will Vattenfall Fakten für die nächsten 50-60 Jahre schaffen und die grüne Behörde zieht mit.
Vattenfall: Champion of Greenwashing Obwohl der Konzern nachweislich der CO2-Emmitent Nr. 1 auf dem deutschen Energiemarkt ist versucht sich Vattenfall durch Medienkampagnen und Sponsoring als Klimaschützer darzustellen. Durch die Cyclassics, die Hamburger Lesetage, die Bühnen auf dem Spielbudenplatz usw. kämpft Vattenfall um die Akzeptanz in der Gesellschaft, während gleichzeitig die Lebensgrundlagen massiv angegriffen und der Bevölkerungswille ignoriert wird. Als wichtigster Anzeigenkunde hat der Konzern zusätzlich eine starke Machtposition in den Hamburger Medien.

Wer über Klimawandel redet, muss über alles reden!

So richtig in der Öffentlichkeit ist der Klimawandel seit dem G8 Gipfel in Heiligendamm. Kaum ein Politiker, kein Konzern, der nicht mit der angeblichen Sorge um das Klima versucht Stimmen zu fangen bzw. Geschäfte zu machen. Es ist davon auszugehen: Je lauter sie schreien, je mehr Verantwortung tragen sie für die folgenschwere Erd-Erwärmung. Dass das Überleben der Eisbären gefährdet ist, ist nicht zu verniedlichen, aber es geht nicht nur um die Eisbären. Seit der vorindustriellen Zeit ist die Temperatur um 0,8 Grad gestiegen. Wegen der Verzögerung von 40 50 Jahren zwischen Ausstoß der Klimagase und Temperaturanstieg ist eine weitere Erhöhung um 0,6 Grad in den nächsten Jahrzehnten unvermeidlich. Dann ist die Temperatur bereits um 1,4 Grad gestiegen. Das könnte schon der Kipppunkt sein, auch wenn bisher von Politikern gehofft und verbreitet wird, dass die Erde 2 Grad Erwärmung verkraften kann.

Der Kipppunkt - Point of no return Wasserdampf ist z.B. noch ein viel stärkeres Treibhausgas als CO2. Wenn der Planet wärmer wird, verdunstet mehr Wasser, was die Wärmedecke der Erde zusätzlich erhöht, was die Erwärmung verstärkt, was wieder die Verdunstung verstärkt usw. Derartige Rückkopplungen gibt es einige: Permafrostböden speichern klimaschädliches Methan; Eisflächen reflektieren (bisher) die Sonnenstrahlung. Diese führen letztlich dazu, dass, auch wenn die Menschen irgend-

wann aufhören fossile Brennstoffe zu verbrennen, der Temperaturanstieg nicht mehr zu stoppen sein wird. Selbst wenn die Menschen das überleben könnten, so werden doch die Mehrzahl der Pflanzen und Tieren unweigerlich aussterben. Andere, wie Fliegen, Ratten, Schaben oder Mücken hingegen werden sich stark ausbreiten. An vielen Orten wird Wasserknappheit, an anderen werden Überschwemmungen ungekannten Ausmaßes auftreten, der steigende Meeresspiegel wird die Böden versalzen. Wenn Ernten ausfallen, Wüsten sich ausdehnen, Küstengebiete überschwemmen, wird den Massen von Menschen in den betroffenen Regionen gar nichts anderes übrig bleiben, als zu flüchten. Realistisch ist dabei eine Dynamik und Dimension, die selbst die historische Völkerwanderung in den Schatten stellt.

In Teilen Afrikas ist das Wasser inzwischen so knapp, dass Landwirtschaft dort nicht mehr möglich ist. In Asien und Lateinamerika gibt es immer häufiger derartige Stürme und Überschwemmungen, dass Menschen nur noch flüchten können. Krankheiten wie Malaria breiten sich wieder stärker aus. In manchen Gegenden sind Fischbestände im Meer durch die Wassererwärmung so stark reduziert, dass ganze Dorfgemeinschaften ihre Lebensgrundlage verlieren. Inzwischen hungern weltweit über 1 Milliarde Menschen. Unvorstellbare 25.000 sterben täglich am Hunger! Immer mehr Menschen müssen ihre Freunde und Verwandte in Städten und Dörfern zurükklassen, mit der Hoffnung im fernen Europa ein Auskommen zu finden. Um dann z.B. elendig im Mittelmeer zu ersaufen. Seit 1988 sind laut Schätzungen des Flüchtlingshilfswerks der UN über eine halbe Millionen Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa ertrunken. Die, die das versuchen sind die jungen und starken Menschen. Noch viel direkter und unmittelbarer getroffen werden die Alten, die Kinder, die Schwachen. Aber auch in Europa häufen sich durch den Klimawandel hervorgerufene gewaltige Überschwemmungen, Stürme und Trockenheiten.



Verlauf des Klimawandels wesentlich schneller als prognostiziert Seit einigen Jahren werden immer präzisere Szenarien von unterschiedlichsten Organisationen veröffentlicht, die alle dringenden Handlungsbedarf anmahnen. Es kann nicht mehr bezweifelt werden, dass der Klimawandel menschengemacht ist und erhebliche Auswirkungen auf alle Lebensformen und damit auch auf das Zusammenleben der Menschen hat. Meldungen darüber, dass das Eis schneller schmilzt als erwartet, oder dass es in Gegenden Afrikas schon seit drei Jahren nicht mehr geregnet hat, zeugen davon, dass die Prognosen ständig durch die reale Entwicklung übertroffen werden. Der Anstieg der Kohlendioxidkonzentration in der Atmosphäre ging zwischen 2000 und 2007 viermal so schnell vonstatten wie in den Jahren davor. Statt ernsthaft an den notwendigen Ausstieg aus der fossilen Energiegewinnung zu denken, streiten sich die Mächtigen um Bohrrechte an den Polen nach der Abschmelzung der Polarkappen - und fördern den Autoverkauf mit Milliardenbeträgen. Das Abholzen des Regenwaldes, das Anlegen von Monokulturen für den Export, der Bau von Kohlekraftwerken, Kriege um die Rohstoffreserven, alles geht ungebremst weiter, als wüssten wir von nichts.

Es ist nichts anderes als nackter Zynismus und Menschenverachtung, wenn die Mächtigen in den Industrienationen Ländern, wie China, Indien und Brasilien die größten Steigerungsraten bei der CO2 Emission vorwerfen. Dies lenkt nur von der eigenen Verantwortung ab. Im letzten Jahrhundert haben die USA 285 Milliarden Tonnen CO2 in die Luft geblasen; Deutschland 68 Mrd., China 72 Mrd. und Indien 22 Mrd. Wenn diese Zahlen noch auf pro Kopf der Bevölkerung umgerechnet werden, ist klar wer die Verantwortung trägt. Und zwar auch für die notwendigen Veränderungen in dem Wirtschaftssystem, das, ausgehend von den großen Industrieländern die Erde beherrscht. Immer MEHR, immer GRÖSSER, immer SCHNELLER sind die Leitlinien dieses Systems. Der Klimawandel ist unlösbar mit dem inzwischen globalen Konsum-, Produktions-, Verkehrs- und Handelsmodell verknüpft

Moorburg hat große Bedeutung für den Klimawandel Vattenfalls Dreckschleuder wird 9,2 Millionen Tonnen CO2 pro Jahr ausstoßen. Das entspricht der gesamten Emissionsmenge von Bolivien, bzw. der doppelten Menge des gesamten Straßen, Schiffs- und Flugverkehrs Hamburgs. Obendrein hat Moorburg einen sehr hohen Stellenwert in der öffentlichen Auseinandersetzung um die Kohlekraft und damit auch erhebliche Auswirkung auf weitere Projektierungen.

Das Thema Kohlekraft bzw. Moorburg ist nicht etwa durch , sondern steht auf der Kippe Gegen die geplanten Kohlekraftwerke gibt es an vielen Orten aktiven Widerstand. An bereits 7 geplanten Standorten u.a. in Berlin, Kiel und Bremen konnten diese erfolgreich verhindert werden. Ganz aktuell wurde sogar der fertige Rohbau von E-on in Datteln / NRW gerichtlich gestoppt und zwar ausdrücklich wegen der CO2 Emissionen. Auch gegen dieses Kraftwerk gibt es Widerstand in der Region. Vattenfall führt in Sachen Moorburg viele Konflikte und Prozesse, die globalen Folgen des Klimawandels werden obendrein immer dringlicher wahrgenommen. Auch deswegen könnte Moorburg, ebenso wie jetzt wahrscheinlich Datteln, als Investitionsruine enden. Dazu kann ein breiter und effektiver Widerstand gegen die Fernwärmetrasse erheblich beitragen. Dieser ist auch wegen der Auswirkungen in unsere Stadtteile hinein notwendig und berechtigt.

Moorburgtrasse stoppen heißt Moorburg stoppen = Die Stadt gehört uns, nicht Vattenfall
Für ein Klima der Solidarität = Keine Genehmigung für Verwertung und Zerstörung
Wir machen die Baustelle für uns und für Vattenfall zum unvergesslichen Erlebnis!

Informiert andere, tragt euch in Alarmkette und Mailverteiler ein...wir stellen uns quer!! Bei Baubeginn, Rodungen im Wohngebiet, sowie bei weiteren Aktionen lösen wir eine SMS-Alarm-Infokette aus Ihr könnt euch selber per SMS auf die Liste setzen (und auch wieder löschen) einfach Go trasse an 84343 senden Weitere Infos und Downloads unter:

www.moorburgtrasse-stoppen.de

Verhaftungen in Griechenland

Den ersten Informationen zu Folge, werden die verhafteten AnarchistInnen in Athen (Griechenland) beschuldigt, eine Vielzahl von Anschlägen verübt zu haben. Vier befinden sich momentan im Knast, sechs sind untergetaucht.

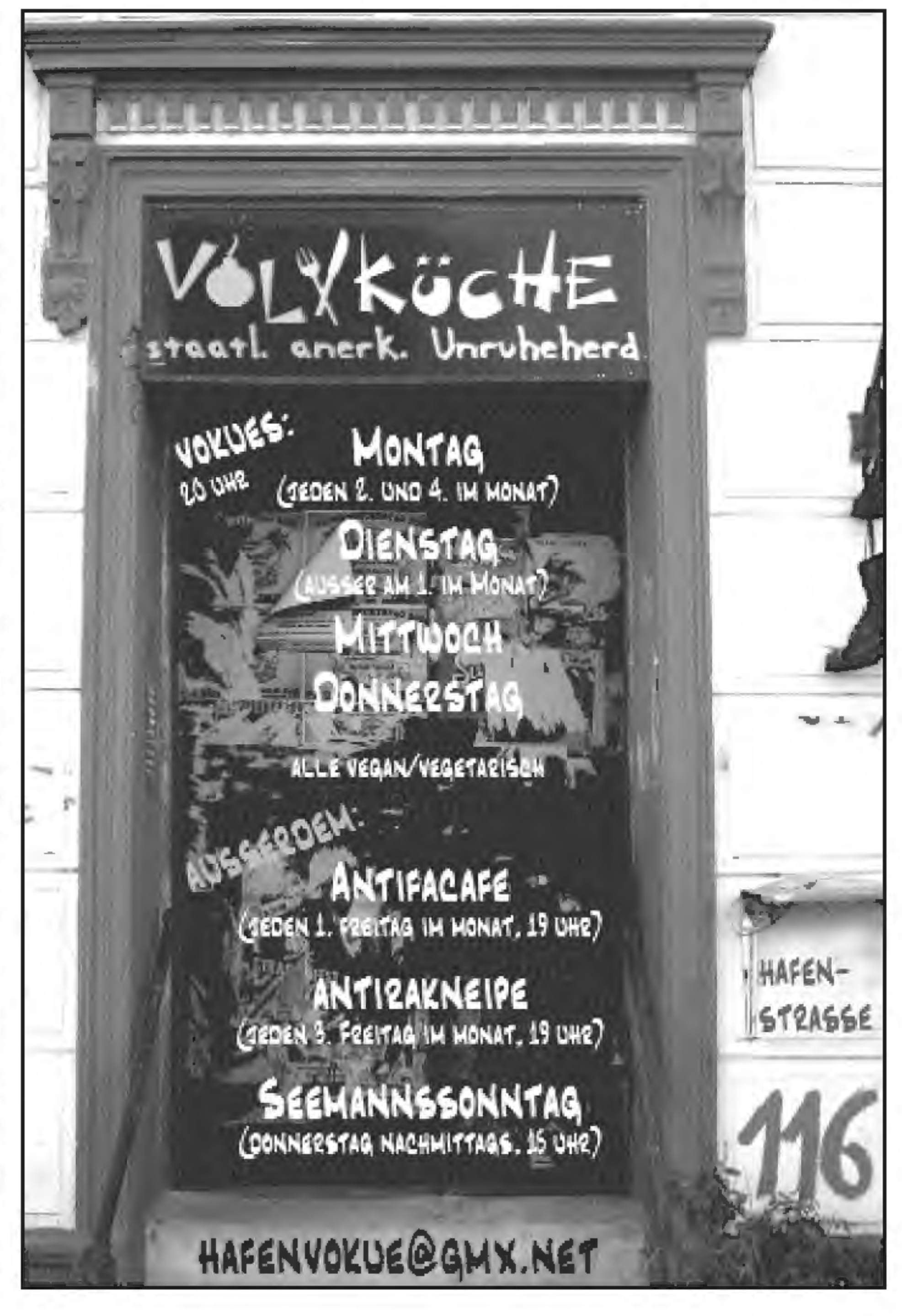
In den Abendstunden des 23. September wurden in Athen fünf junge Menschen im Alter von 20 und 21 Jahren unter dem Antiterrorgesetz verhaftet. Die Antiterroreinheiten der griechischen Polizei stürmte ein Haus in Halandri, einer Mittelklassewohngegend im Norden von Athen, im Zusammenhang mit Ermittlungen aufgrund von anarchistischen, militanten Angriffen auf Staat und Kapital. Das Haus wurden seit längerer Zeit beobachtet, da es Verbindungen zu "anti-autoritären und anarchistischen Angriffen" geben soll und das Haus als geheimer Unterschlupf dienen sollte, es wurden angeblich Materialien gefunden, mit welchen sich Zünder und Sprengvorrichtungen bauen lassen. Von sechs weiteren Personen wurden Fingerabdrücke im Haus gefunden, die Beschuldigten konnten sich aber der Verhaftung entziehen und sind untergetaucht. Einer der fünf Festgenommen wurde später wieder entlassen, die anderen wurden angeklagt unter der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, Beschaffung und Besitz von explosiven Materialien, Herbeiführen von Explosionen und Gefährdung von Menschenleben, schwerer Diebstahl, sowie kleinerer Vergehen wie Verstöße wegen Sylvesterknallern und anderem. Sie befinden sich im Knast und müssen sich am morgigen Dienstag vor dem Haftrichter verantworten, welcher über die Untersuchungshaft entscheiden wird. Bis jetzt haben sie jede Kooperation mit den Repressionbehörden abgelehnt und die Vorwürfe zurückgewiesen. Sie sollen Teil der "Conspiracy of the Cells of Fire" sein. In den Medien wurden die Fotos und Namen der vier veröffentlicht, sowie Stekkbriefe der Untergetauchten. Bei einem der Verdächtigen soll es sich um einen 25-Jährigen handeln, der bereits in der Vergangenheit als mutmaßliches Mitglied der Terrorgruppe "Sekte der Revolutionäre" unter Polizeiverdacht stand.

Die Anklage wegen des Herbeiführens von Explosionen resultiert aus den Angriffen auf das Haus des ehemaligen Staatssekretärs im Innenministerium Panayiotis Hinofotis am 12. Juli, auf das Gebäude des Ministeriums für Makedonien und Thrakien am 2. September in Thessaloniki und die Explosion im Eingangsbereich des Apartments des ehemaligen Ministers der oppositionellen PASOK Gerassimos Arsenis und seiner Frau, der Verantwortlichen für Wirtschaftsangelegenheiten der PASOK Louka Katseli, in Kolonaki, einem Stadtteil von Athen, am Mittwoch den 23. September.

Am Freitag Abend gab es erste Reaktionen auf die Verhaftungen. Die Polizeisperren um den Athener Stadtteil Exarchia wurden durchbrochen und die Hauptzentrale von PASOK, der sozialdemokratischen Partei, eines der momentan am bestbewachtesten Gebäude des Landes, mit Molotovcocktails und Steinen angegriffen. Während des Angriffes fing auch ein Fahrzeug des Fernsehen Feuer und brannte aus. Daraufhin wurde das Gebäude evakuiert, es gab keine Verhaftungen, die Leute zogen sich hinter brennende Barrikaden zurück.

Am 4. Oktober werden in Griechenland vorgezogenen Parlamentswahlen stattfinden, der amtierende Ministerpräsident Kostas Karamanlis sah sich zu diesem Schritt gezwungen, nachdem im Zuge der wirtschaftlichen Krise die Popularität immer weiter sank und sich unter den Bevölkerung Missstimmung breit machte. Mit den Verhaftungen nur wenige Tage vor der Wahl möchte die Regierung ihre Stärke und Entschlossenheit im Kampf gegen alle, die sich gegen die herrschende Ordnung aus Staat und Kapital stellen beweisen. Für den Wahltag wird mit vielseitigen Vergeltungsaktionen von Seiten der AnarchistInnen gerechnet.

Bei den vorgezogenen Neuwahlen am 4.10.09 siegen schließlich die Sozialisten



WER UNS NICHT HIER TANZEN LÄSST, GEHÖRT AUCH NICHT AUF'S SCHANZENFEST

danny_in monochrome

Regelmässige Termine in der Flora

Montag:
Kochsession veganes Essen ab 19 Uhr (Essen ab 21 Uhr)
Offene Motorradwerkstatt - schrauben und klönen ab 17 Uhr
Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt 18.30 -21 Uhr
Archiv der Sozialen Bewegungen 15 - 20 Uhr (Tel. 433007)
Flora Baugruppe 19 Uhr im Bauraum

Dienstag: Dubcafé 19 - 23 Uhr

Mittwoch: artcafé - Café wie es euch gefällt ab 20 Uhr

Donnerstag: Kochkollektiv veganes Essen ab 19 Uhr





